INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

auswärts 2,50 DM

Nr. 126

6. Dezember 1990




VORWORT:

Leicht irritiert saßen wir da Sonntagabend vor der Glotze und haben mal wieder des Volkes Wille zur Kenntnis nehmen müssen.
Aber glücklicherweise werden wir dafür in nächster Zeit von der gnadenlosen Wahlwerbung verschont bleiben (das meint sicherlich die anzeigenabteilung der Wochenzeitung für die Berliner Linke-prowo- nicht) und auch 25% Wahlverweigerung sind doch recht erfreulich. Die AL bzw. die Grünen haben nun endlich von ihrem eigenen Klientel einen Denkzettel bekommen und das kahle Walterchen kann einpacken, vor allem haben aber ein paar unserer GenossInnen ihren Gregor im Parlament und wir sind enlich von den unsäglichen Kneipenschwätzereien erlöst. Allerdings blieb die groß angekündigte Störung der Wahl wohl weitgehend aus, oder hat die verordnete Nachrichtensperre wieder zugeschlagen?
Was dieses parlamentarische Ereignis, die Verschiebung des Kräfteverhältnis in der Parteienlandschaft und die einmal mehr offensichtliche gesellschaftliche Rechtsentwicklung aber für uns, die linksradikale Szene, vor allem aber für die AusländerInnen und Flüchtlinge und alle anderen, die bei dem rasanten Tempo des Kapitals nicht mithalten können oder wollen, für Konsequenzen hat, bleibt abzuwarten. Wir hoffen auf tiefergehende Einschätzungen und Vorschläge von Gegenstrategien - und wie wird in der Welt im ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert der Druck von Unten aussehen??
Direkt und konkret wird die Beschäftigung mit der doch leicht veränderten Herrschaftskonstellation in Berlin allerdings schon beim momentanen Häuserkampf. Wie geht´s weiter? Was kann die Bewegung dem zu erwartenden staatlichen roll-back entgegensetzen und ist es überhaupt noch möglich in die politische Offensive zu kommen?
Die dazu notwendige öffentlich geführte Aufarbeitung der bisherigen Häuserkampfphase ist bisher allerdings recht dünn gewesen und doch ist die Vermittlung der eigenen Politik über die begrenzte BesetzerInnenszene wichtig, wenn es nach vorne gehen soll. Einen guten Ansatz finden wir zumindest die Diskussion auf Radio 100 am Montagabend. Im Gegensatz dazu nimmt das Thema in dieser Ausgabe zwar wieder viel Raum ein, Anregungen sind jedoch darunter nicht zu finden. Interessant könnten deshalb die Häusertage in Hamburg (S.9) Ende Dezember sein.
Geschockt hat uns der Bericht über die Marchstraße/Einsteinufer (S.14). Mann/Frau kriegt wieder ein konkretes Gefühl für die Gewaqltverhältnisse wie sie nicht nur in der Gesellschaft sondern auch in der Szene vorhanden sind. Zur Streichung der vollständigen Vornamen haben wir uns entschlossen, weil alle, die direkt was damit zu tun haben, die Typen eh kennen werden. wir wollen mit diesem Blatt -trotz dieser Schweinereien- nicht noch mehr zur Tischvorlage von Staatsanwälten werden. als wir es eh schon sind. Erwähnen wollen wir aber noch, daß die Streichung vorab von den SchreiberInnen akzeptiert worden.
Auch wenn es nicht so gemeint sein sollte, die Presseerklärung zur Besetzung des Büros des EG Presse- und Informationsdienstes (wo??) riecht nach Zensur bzw. Selbstzensur, oder was sollen die vielen schwarzen Balken darin. Oder hattet ihr keine Lust, in 4 Tagen den Text nochmal zu tippen?
Apropos Lesbarkeit. Schon zu viele von uns sind kurzsichtig. Politische Agitation hat auch minimal was mit Ästhetik (reduziert sich bei uns auf Lesbarkeit) zu tun. Also, nochmals die Bitte: 1.Wenn der Text nicht verkleinert ist, nur einzeilig tippen, 2. möglichst kein 5 Jahre altes Farbband benutzen, 3. weißes Papier als Vorlage nehmen, 4.ca.1cm Rand lassen und 5. Bilder nehmen zwar etwas vom wichtigen Inhalt weg, dafür wird der Text aber vielleicht gelesen. Auch bei der Interim solltet ihr das nicht unterschätzen, denn wie gesagt, Optiker verdienen eh schon genug.
Aufgrund einer grünen Papiervorlage konnte u.a. letzte Woche das Flugbaltt von "agitare bene" nicht reingenommen werden.. Diesmal haben wir ein Interview von der Stadtrevue Köln mit diesem info blatt abgedruckt. Wir würden zwar gerne auch noch was dazu sagen, aber es fehlt die Zeit.

UNSER ZIEL | DIE KLASSENLOSE GESELLSCHAFT

Inhalt:

diese Woche im Ordner:

- Erklärung des autonomen haufens "uns stinkts schon lange" Lübeck
- Erklärung zur Besetzung der "Pempel 15", Düsseldorf
- Papier: razzia und 129a Verfahren gegen "agitare bene"
- Solidaritätserklärung der "Tarifvertragsinitiative studentischer Beschäftigter an den Berliner Hochschulen" an die Kolleginnen und Kollegen bei der Reichsbahn
- Eine Hommage an Cecilia Magni (Comandante Tamara), Gründungsmitglied der FPMR. Leider war uns nicht klar, wofür das Blatt gedacht ist und in welchem Zusammenhang es steht.
- mehrmals verschoben und jetzt im Ordner für Interessierte einsehbar ist auch ein 9 seitige Interview mit Lorena Guadalupe Pena Palacios (Comandante Rebeca), Mietglied der politisch-diplomatischen Kommission der FMLN von 22.9.90
- abgelegt wurde auch eine Lackabbeizaktion an einigen Neuwagen bei einem Solinger VW-Händler zur Unterstützung des Hungerstreiks der politischen Gefangenen im Spanien

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Zum Schluß noch einige technix:

- Aufgrund eines technischen Defekts ist die Interim letzte Woche leider einen Tag später erschienen. Tschuldigung.
  Diese Woche hat es etwas mit dem Umschlag gehapert. Wir haben die Rückseite verkorkst und mußten deshalb den 2. Umschalgentwurf verarbeiten. Die Gründe bei Pannen sind meist banal und nicht vorhersehbar, vielleicht wird aber bei der Nummer der tiefere Sinn des Umschlags direkter in einen aktuellen Zusammenhang gebracht, als es von uns gewünscht ist. Wir springen, unter uns Wasser, scheint es zu spät, bekommen wir nasse Füsse? Ihr könnt euch dazu auch noch die Seitenüberschriften (die in keiner Verbindung zu den Texten stehen) von Seite 2 - 35 durchlesen, vielleicht wißt ihr dann mehr.
- Nochmals der Hinweis, daß das Sonderheft zum Golfkonflikt restlos vergriffen ist und wir bitten von Bestellungen abzusehen, wir können sie auch nicht beantworten.
- Wie immer ist der Redaktionsschluß (für alles !!) Montags !
- Einige Male sind Einschreiben an uns adressiert worden und scheinbar wieder zurückgegangen. Das ist auch ganz logisch, denn zur Zeit des Postboten sind wir immer am joggen. Wir können sie also nicht annehmen, weil wir fit bleiben wollen.
- Ansonsten: Beiträge, Artikel, Zeitungsausschnittsammlungen, Layoutmaterial, Liebesbriefe, Geldspenden (Dank an den/die GenossIn aus HH für die 3 Briefe letzte Woche), Schokolade, Gummibärchen, ein kleines Piece und Bestellungen (ab 3 Ex.) wie immer an:
  Interim, Gneisenaustr.2a, 1000 Berlin 61

Mainz bleibt meins

Ein Infoblatt von unserer Seite
- zweiter Versuch !

Nachdem wir eine Woche mit schreiben,kleben und gestalten einer kurzen Dokumentation von unserer Seite aus zugebracht hatten, wurde die Druckvorlage "rein zufällig" nachts aus einem privaten Briefkasten geklaut. Ein Beweis, wie gefährlich für die "Mächtigen" die Wahrheit sein muß.(Das war nicht der erste "Zufall" dieser Art.) Umso wichtiger,daß die Wahrheit trotzdem bekannt wird. Natürlich ist vieles nun nicht mehr aktuell, aber die Wahrheit ist noch viel zu unbekannt und deshalb kommt unser Doku jetzt trotzdem raus !



Chronologie

Die Mainzer Straße vom 12.-14. November

12. November

▼ **7.00 Uhr:** Die Bullen räumen die besetzten Häuser in der Pfarrstraße 110 und 112 und Cortheniusstraße 16. Zwei Festnahmen, eine kleine Prügelei seitens der Bullen. Wie sich später herausstellt, war zumindest eine der Räumungen in der Pfarrstraße widerrechtlich, da die BesitzerInnen des Hauses von der Wohnungsbauverwaltung vorher nicht informiert wurden und nach eigenen Aussagen die BesetzerInnen in das Haus zurück haben wollen. Eine vorherige Räumungsaufforderung wurde den BesetzerInnen nicht mitgeteilt.

11.00 Uhr: Die BesetzerInnen der Mainzer Straße brechen zu einer kurzen Solidaritätskundgebung auf der Frankfurter Allee auf, wobei zum Schutz vor aufgebrachten Autofahrern zwei kleine Baustellengitter auf die Straße gestellt werden. Unter dem Motto "Räumt die Knäste, nicht die Häuser" zogen wir ca. 15 Minuten durch den Friedrichshainer Kiez. Als wir zurückkamen, standen vor der Mainzer auf der Frankfurter Allee 2 Hundertschaften Bullen und ein Wasserwerfer. Die Straßenabsperrungen hatten sie schnell wieder abgebaut. Da wir ca. 50 Leute waren, zogen wir uns angesichts des Bullenaufgebots wieder in unsere Häuser zurück.

12.00 Uhr: In der nun fast leeren Straße drangen ca. 20 Bullen ein, schossen Tränengas, ein Wasserwerfer folgte und beschoß wahllos rechts und links die Wohnungen. Bereits bei diesem ersten Angriff schossen die Bullen in das Kinderzimmer einer "normal" gemieteten Bürgerwohnung, wo ein einjähriges Kind mit 40°C Fieber im Bett lag. Insgesamt fuhren die Wasserwerfer viermal durch die Mainzer, wobei sie beim letzten Mal mit Wasser und Tränengas in die Frankfurter Alle schossen, wo sich Neugierige und SympathisantInnen eingefunden hatten. Mittlerweile war auch der Bezirksbürgermeister von F'hain, Helios Mendiburu eingetroffen, um mit uns zu verhandeln, nachdem er bereits mit den Bullen verhandelt hatte. Diese hatten ihm zugesichert, sich zurückzuziehen. Als er wieder aus der Straße raus wollte, wurde er mit Tränengas und Wasser beschossen.

15.00 Uhr: Die Bullen zogen sich zurück. Wir begannen nun kleine Straßenabsperrungen zu bauen, um die Häuser vor weiteren Wasser- und Tränengasangriffen zu schützen. Gleichzeitig versuchten wir fieberhaft, an irgendwelche Zuständigen oder Verantwortlichen heranzukommen, um eine friedliche Lösung des Konflikts herbeizuführen.

17.00 Uhr: Pressekonferenz im Antiquariat in der Mainzer. Wir betonten unsere Verhandlungsbereitschaft und, daß wir die Barrikaden abbauen werden, wenn die Bullen aus dem Kiez verschwinden und wir eine schriftliche Nichträumungsgarantie bekommen.

Mendiburu findet es verständlich und legitim, daß wir Barrikaden bauen, um unsere Häuser vor einer Räumung zu schützen, wenn wir dadurch erreichen könnten, daß die Vermittlungen zum Erfolg führen und ein Waffenstillstand erreicht wird. - Allerdings mit der Einschränkung, daß wir die Barrikaden doch abbauen sollten, damit bei einem eventuellen Brand die Feuerwehr durchkommt.

20.00 Uhr: Ein neuer Angriff der Bullen erfolgt ohne Warnung. NiemandE wurde aufgefordert, die Straße oder die Häuser zu verlassen. Mendiburu, der wiederum zwischen Einsatzleitung und BesetzerInnen zu vermitteln suchte, wurde abermals vom Wasserwerfer getroffen. Ein Initiativkreis von Abgeordneten der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), Prominenten (Bärbel Bohley) und AnwohnerInnen hatte sich gebildet, um für eine friedliche Lösung einzutreten. Bärbel Bohley versuchte

stundenlang, Pätzold telefonisch zu erreichen oder mit dem Einsatzleiter zu sprechen - beides ohne Erfolg. Den ganzen Abend über wurde die Mainzer Straße von der Boxhagener Straße, der Schwarnweberstraße und der Frankfurter Alle aus mit Tränengas, Kotzgas (CN/CS), Blendschockgranaten und Wasserwerfern beschossen. Es gelang den Bullen jedoch nicht, in die Mainzer einzudringen - zur Verteidigung wurden Steine und Mollis geworfen.

Mendiburu spricht mit dem Einsatzleiter, der ihm sagt, daß er hier nichts mehr zu melden habe.

23.00 Uhr: Auf der Frankfurter Allee bildet sich zwischen Barrikaden und Bullen eine Abgeordnetenkette, um gegen den massiven Polizeieinsatz zu protestieren und eine friedliche Lösung des Konflikts zu erreichen. Die Promikette, an der sich u.a. Ines Köhnen (UFV), Kai Schirmer, Bärbel Bohley (beide Bündnis '90) und Abgeordnete der SPD und der PDS beteiligten, wurde von einem Wasserwerfer gesprengt. Doch immer wieder zog die Promikette schützend vor den Barrikaden auf.

ab 3.00 Uhr befand sich auch Renate Künast (AL-Fraktionsvorsitzende) unter den Promis. Da in der Mainzer und den umliegenden Straßen ca. 1500 Menschen soldarisch mit den BesetzerInnen kämpften bzw. sich vor die Bullen stellten, drangen diese nicht in die Mainzer vor. Bis ca. 1.00 Uhr fuhr ein Wasserwerfer ständig schnell über die Boxhagener Straße an der Mainzer vorbei. Und immer wieder Vermittlungsversuche, Telefongespräche, Interviews.



13. November

1.00 Uhr: Jetzt wird auch an der Boxhagener Straße eine Straßensperre errichtet.

gegen 3.00 Uhr: Erst jetzt erreicht Bärbel Bohley nach endlosen Gesprächen, daß sich die Polizei zurückzieht. Sie bleiben jedoch die ganze Nacht und den ganzen nächsten Tag im Kiez. Nach dem Abzug der Bullen räumten die BesetzerInnen in Zusammenarbeit mit der Straßenreinigung die Frankfurter Allee von Barrikaden frei. Dies war die Erfüllung des "Waffenstillstands", den Bärbel Bohley erreicht hatte.

7.00 Uhr: Jetzt begannen die Versuche der Aufklärungsarbeit und Unterstützung. Bärbel Bohley meldete sich dauernd bei Pätzold an. Den persönlichen Kontakt mit der Bevölkerung suchten wir in unzähligen Gesprächen und berichteten über Megaphon über die Ereignisse der letzten Nacht und des letzten Tages. Um 11.00 Uhr Straßenplenum, wo einhellig beschlossen wurde, alles Menschenmögliche zu unternehmen, um den bevorstehenden BürgerInnenkrieg und die anschließende Räumung zu verhindern. Den ganzen Tag über gaben wir unzählige Interviews, um unsere Verhandlungs- und Gesprächsbereitschaft zu bekunden.

Um 14.00 Uhr hielten wir eine Pressekonferenz ab, auf der wir u.a. darauf hinwiesen, daß wir die ganzen sechs Monate, die wir in der Mainzer gewohnt hatten, auch Verhandlungen mit dem Magistrat geführt hatten (s. dazu die Chronologie in unserer letzten Ausgabe, S. 4 - Anm. d. PROWO). Mendiburu war nur einer der Zeugen dieser Verhandlungen. Beweismaterial gibt es noch und nöcher. Ebenso machten wir au8f dieser Pressekonferenz unser Interesse deutlich, den Konflikt friedlich beizulegen und die Barrikaden abzubauen, sobald wir eine Nichträumungs-Garantie erhielten. Warum haben das die Medien nicht veröffentlicht?

17.00 Uhr: Gegen Einbruch der Dunkelheit erhielten wir die Meldung, daß die Bullen um 5.00 Uhr geweckt werden sollten und BGS, GSG und SEK-Einheiten unterwegs seien (BGS = Bundesgrenzschutz, GSG = spezielle Anti-"Terror"-Einheit des Bundeskriminalamtes, am bekanntesten: Die 1977 in Mogadishu eingesetzte GSG 9, SEK = Sondereinsatzkommando, Erl. d. PROWO). Daraufhin wurde verstärkt der Barrikadenbau fortgesetzt, da offensichtlich mit einer Räumung zu rechnen war, obwohl Pätzold die Nacht vorher noch über Rundfunk verlauten ließ, daß er nicht vorhabe zu räumen.

Super war die Unterstützung von außen. Wer/welche nicht selbst mit uns kämpfen wollte, der/die half uns doch auf mannigfaltige Art und Weise. Ein Architekt erklärte uns, wie die Gräben beschaffen sein müßten, damit kein Räumfahrzeug mehr durchkommt, Bauarbeiter erklärten uns den Gebrauch eines Preßlufthammers und eines Baggers. Ein Bürger stellte einen Lautsprecher in sein Fenster, damit die Nacht des Barrikadenbaus wenigstens von guter Musik begleitet war.

14. November

3.45 Uhr: In der Mainzer Straße 23 (Mietshaus) wurde ein Kellerbrand entdeckt. Der Verantwortung voll bewußt, daß ein Löschzug nicht durch die Barrikaden käme, begannen sofort fieberhafte Löschaktionen mit Sand, Wasser und Feuerlöschern. Die ganze Straße war auf den Beinen, um beim Löschen des Brandes mitzuhelfen, unter Einsatz ihres Lebens stiegen auch einige in den Keller, um den Brand direkt unter Kontrolle zu bekommen. Als die Feuerwehr kam, wurde sie natürlich in keinster Weise behindert. Im Gegenteil: die Barrikaden wurden aufgemacht, damit die Feuerwehrleute durchkonnten, um den Brand zu löschen. Eine Frau mit Kind hatten wir bereits über eine Leiter aus dem ersten Stock evakuiert. ALs der Brand gelöscht war, blieb noch ein Feuerwehrmann zur Beobachtung zurück. Er ging jedoch, als gegen 5.30 Uhr die Bullen auffuhren, da er Angst bekam.

Die Vermutung, daß dieser Brand Sabotage war, verfestigte sich immer mehr. Das letzte noch funktionierende Telefon der besetzten Häuser war bei Brandbeginn von außerhalb abgestellt worden. Es funktionierte erst wieder, als der Brand gelöscht war. Ebenso erschienen just im gleichen Moment Dokumentationsteams der Bullen auf den Dächern der Frankfurter Alle gegenüber der Mainzer, um mit Mikros und Kameras die Anzahl der in den Straßen befindlichen Menschen festzuhalten.

6.00 Uhr: Die Bullen stellen sich mit allem, was sie haben, an allen Zugängen zur Mainzer auf. Nun beginnt der BürgerInnenkrieg. CN/CS-Gas wird massiv eingesetzt. Ebenfalls Wasserwerfer, Gummigeschosse (in Berlin verboten - nur in Bayern erlaubt) und - scharfe Munition!!!

6.30 Uhr: Der Brand in der Nr. 23 bricht erneut aus. Unsere Aufforderung an die Bullen, den Angriff aufzusetzen, bis der Brand gelöscht sei, wurde ignoriert. Die Feuerwehrleute weigerten sich, die Straße zu betreten, weil sie nicht im Kampfgetümmel sein wollten. Sie übergaben aber der Polizei den Schlüssel zum Hydranten. Lena Schrauth, die sich in einem der besetzten Häuser aufhielt, um zu vermitteln, erklärte sich bereit, den Schlüssel abzuholen. Sie wurde dermaßen mit Tränengas beschossen, daß es ihr unmöglich war, die Barrikaden zu passieren, um den Hydrantenschlüssel zu holen. Glücklicherweise gelang es uns aus eigener Kraft, den Brand - trotz der laufenden Räumung - zu löschen.

Eine Menschenkette, die "Keine Gewalt" und "Keine Räumung" forderte, formierte sich vor den Barrikaden der Boxhagener Straße. Sie wurde von den Bullen abgedrängt, die daraufhin die erste Barrikade abräumten. Daraufhin rückte ein Wasserwerfer und Raumfahrzeug an, um die weiteren Barrikaden abzuräumen. Die Menschenkette wurde dabei vom Wasserwerfer weggespritzt. Einen Durchgang auf dem BürgerInnensteig, den wir für die BürgerInnen freigelassen hatte, nutzten die Bullen, um zu Fuß von der Boxhagener in die Mainzer einzudringen, wo sie von Steinen und Mollis empfangen wurden. Das erste Räumfahrzeug war schon im ersten Graben steckengeblieben und mußte wieder rausgezogen werden. Daher kam über Megaphon der Befehl, zu Fuß in die Mainzer einzudringen. Gegen den nun einsetzenden Steinhagel schützten sich die Bullen mit 2 x 1 Meter großen Schilden. Gleichzeitig stiegen SEK-Einheiten auf die Dächer, um von dort in die Häuser einzudringen. Doch zuvor schossen sie erstmal auf die Menschen, die auf den Dächern standen - mit Gasgranaten und Gummigeschossen, wobei ein Absturz mit Todesfolge billigend in Kauf genommen wurde. Diese SEK-Einheiten waren trotz Vermummungsverbot vermummt mit Haßkappen.

9.00 Uhr: Die letzten Kämpfenden flüchteten, die anderen hatten sich schon vorher in die Häuser zurückgezogen, da sie diese nicht im letzten Moment aufgeben wollten und warteten nun auf ihre Verhaftung.

Von wegen "Mann gegen Mann". Zig Frauen waren unter den ersten Festgenommenen, die jeweils von 5-10 Bullen zusammengeschlagen und dann abgeführt wurden. Gegen die permanenten Angriffe von Neonazis waren die Häuser ganz gut gesichert, so daß die Bullen z.T. mehrere Stunden benötigten, um die Häuser zu erstürmen. Die Menschen in den Häusern kochten sich eine letzte "Henkersmahlzeit", saßen zusammen in den Gemeinschaftsräumen und trösteten sich. Als die Bullen dort eintrafen, wurden die Menschen mit unvorstellbarer Härte und Brutalität behandelt. In zwei Häusern, die, wo SEK-Einheiten die Menschen festnahmen, spielten sich besonders blutige Szenen ab. Alle wurden mit Tritten auf den Kopf zu Boden gezwungen, Frauen in den Unterleib getreten, so daß ein Milzriß (zwei Tage Intensivstation mit Lebensgefahr), eine Leber-Gallen-Stauchung (Vergiftungserscheinungen mit Lebensgefahr) und schwere Unterleibsblutungen zu verzeichnen waren. Ganz zu schweigen von den Knochenbrüchen und schweren Gehirnerschütterungen, Platzwunden und Prellungen, die den BesetzerInnen und UnterstützerInnen zugefügt wurden, obwohl selbst der Polizeibericht nur in einem Fall von Widerstand redet. Eigentlich wurden alle Festgenommenen verletzt. Dabei blieben die Insassen des Tuntentowers noch halbwegs verschont, da in ihrem Haus viel Prominenz anwesend war, so daß sich die Bullen nicht trauten, ihre Prügelorgie abzuziehen. Von AnwohnerInnen wurde beobachtet, wie Menschen unverletzt in die Häuser gingen und sie schwerverletzt, blutüberströmt wieder verließen. Die Bullen standen in den Häusern Spalier, das die Gefangenen passieren mußten, wobei es zu sexistischen Übergriffen gegen Frauen kam. Ebenso wurden die Gefangenen die Treppe hinuntergestoßen.

Die Verhaftungen dauerten bis ca. 15 Uhr an, währenddessen sangen die Gefangenen "Keine Macht für niemand" und "Der Traum ist aus". Die Bullen dagegen sangen "We are the champions". Außerdem trommelten sie gegen die Rolläden und Plastikschilde, um ihren "Sieg" zu feiern. Tränengas wurde in die Wannen geschossen.

Die anwesende Presse hatte Gelegenheit, all dies zu beobachten und zu fotografieren bzw. zu filmen. Wo ist dieses Material?

15.00 Uhr: Die Verhafteten sind abgeführt. Die halbe Mainzer wird mit hohen Gittern abgesperrt.

15. November

AnwohnerInnen bobachten in der Nacht die Siegesorgien der Bullen. Sie spielen Fußball, siegen Lieder, lachen und geiern, klauen den Sekt aus der Nr. 4 und das Bier aus der Nr. 7 und feiern Feten.

8.00 Uhr: Die Demolierungsmaßnahmen beginnen. Mobilar, Geschirr, Bücher, Stereoanlagen fliegen aus den Fenstern. Antiquitäten werden mit der Axt zertrümmert und aus dem Fenster geschmissen. Die Bevölkerung zu Plünderungen aufgefordert.

Die Chronologie endet hier erstmal, obwohl weiterhin viel geschehen ist. Es gab Demonstrationen, nicht nur in Berlin, viel Solidarität in Form von Veranstaltungen, Spenden, Aufrufen, Transparenten von AnwohnerInnen der Mainzer Straße,etc.
Aber auch die großangelegte Hetze gegen uns ging weiter.
Und immernoch sind die zuständigen Politiker nicht gesprächsbereit,weshalb das rote Rathaus besetzt worden ist.
Wir geben nicht auf, wir machen weiter, Mainzer lebt !
Immernoch unsere Bitte an alle: Unterstützt uns weiter, verbreitet die Wahrheit und schreibt auch eure Erlebnisse auf !



Jetzt

Stellungnahme des Informations- und Pressebüro 'Mainzer Str. und andere besetzte Häuser' zur Nichtteilnahme von Magistratsvertretern am Runden Tisch

Die den BesetzerInnen des Roten Rathauses am Freitagabend gemachte Zusage einer Teilnahme der Stadträte Thurmann, Krüger und Vertretern der Rathausfraktionen an einen Runden Tisch für Montag den 26.11.90, 15 00 Uhr, ist von Oberbürgermeister Schwierzina zurückgenommen worden. Offensichtlich diente die Zusage der Teilnahme nur dafür, die RathausbesetzterInnen schnellstmöglichst wieder loszuwerden.
Die Begründung der Absage damit, daß ihm, dem Oberbürgermeister während der Besetzung seines Amtszimmers Bürobedarf, wie etwa goldene Kugelschreiber sowie Bargeld entwendet worden sei, halten wir für lächerlich und entlarvend. Lächerlich deshalb, weil wir BesetzerInnen der Mainzer Str. trotz der nahezu vollständigen Zerstörung unserer persönlichen Habe und der Vernichtung unserer Wohn-, Lebens- und Arbeitsgrundlagen durch Polizei und Bauarbeiter, an der Gesprächsbereitschaft mit den dafür Verantwortlichen festhalten und uns nun anhören müssen, daß Schwierzinas Wortbruch allein in der den RathausbesetzerInnen unterstellten Bagatelldelikte begründet liegt.
Entlarvend deshalb, weil dieses vorgeschobene Argument der Nichtteilnahme des Magistrats am Runden Tisch genau in die Linie passt, mit der konkrete Verhandlungen mit den HausbesetzerInnen, vertreten durch das Vertragsbündnis seit Monaten blockiert, hingehalten und schließlich am 8.10.90 einseitig vom Magistrat abgebrochen wurden.
Der erneute Wortbruch vom Magistrat zeigt auf, daß der von vielen Personen des öffentlichen Lebens - vom Rektor der Humboldt-Universität bis zum Bischof - eingeforderte Dialog allein am politischen Unwillen des Magistrats und Senats scheitert.

Samstag, den 24.11.90

DER TRAUM IST AUS............?!
Für uns noch lange nicht! Noch reicht unsere Puste, noch reicht die Kraft zum träumen und zum kämpfen für diesen Traum! Wir haben unsere Straße noch immer, in unseren Herzen und in den Herzen aller Menschen, die mit uns ein halbes Jahr diesen Traum versucht haben zu er-leben. Die Menschen aus den Häusern sind fast alle zusammengeblieben, sie treffen sich nach wie vor zu den Straßenplenen, und unser Ziel ist klar: zurück in die Mainzer! Die Räumung hat die Stadt in Aufregung verstzt, die Verantwortlichen kommen langsam ins Schwitzen, und die Illegalität und Brutalität der Räumung wird immer klarer für Viele in dieser Stadt - für die BewohnerInnen der DDR und Ostberlin noch mehr, weil ihnen gezeigt wurde, wie der Westen gedenkt, seine Interessen und neu eroberten Pfründe im Osten zu sichern: mit Gewalt und Unterdrückung.
Wir werden uns weiter wehren! Ein Videofilm ist in Arbeit, es werden demnächst Presse- und Bilddokumentationen erscheinen, ein Buch ist in Planung, fast jeden Tag gibt es Kiezpalaver, Diskussionsveranstaltungen, Aktionen an den Unis, Solidaritätserklärungen quer durch alle Bevölkerungskreise, und wir werden sie mit Klagen eindecken, daß es nur so kracht, BASTA!

Straßenplenum Mainzer Straße

erst recht !

Weitere Infos vom Ermittlungsausschuß (EA)

Festnahmen: über 400, genaue Anzahl unbekannt, davon auf der Demo 30.

Haftbefehle: 7, davon 5 bekannt. 4 Festnahmen auf Demo vom 14.11.

Bisher zwei Freilassungen.

Anklagen: Hauptsächlich "Hausfriedensbruch" und "Landfriedensbruch", bei einigen auch "Schwerer Landfriedensbruch". In einem Fall behauptet die Polizei, der Festgenommene habe einen Molli in der Hosentasche gehabt; der Betreffende betont energisch, er sei ihm auf der Wache zugeschoben worden. Neu ist, daß die Anklage wegen "Schweren Landfriedensbruchs" auch gegen SanitäterInnen erhoben wird.

Zum Schußwaffeneinsatz: Abgegeben wurden drei Schüsse, davon trafen zwei. Im einen Fall handelt es sich um einen Querschläger. Dieser Schuß war jedoch kein Warnschuß, der nach oben abgegeben wurde, sonst hätte es keinen Querschläger gegeben. Der Angeschossene erlitt einen Steckschuß und mußte operiert werden. Er wurde im Sanitätsraum in der Mainzer Str. verhaftet. Dabei verbot die hereinstürmende Polizei den Ärzten die Verabreichung von Schmerzmitteln. Sie verhinderte jegliche ärztliche Versorgung, auch die von Leuten, die unter Schock standen. Der zweite Angeschossene erlitt einen glatten Armdurchschuß und konnte das Krankenhaus glücklicherweise bereits wieder verlassen. Im Funkverkehr der Polizei fielen Sätze wie: "Sie schaffen es nicht - Schußwaffengebrauch!"

Blendschockgranaten: Der Einsatz dieser schon in Mogadischu angewandten Waffe, die für Augenblicke taub und blind macht, ist in Berlin verboten. Sie wurde von SEK-Einheiten eingesetzt. Nur mit Riesenglück entging jemand, der mit dem Fuß auf eine Granate trat, schwersten Verletzungen.

CN- und CS-Gas: Diese von der Genfer Konvention geächteten Gase wurden in extremer Konzentration eingesetzt. In der abgeriegelten Mainzer Str. kam es dabei zu einer besonders gefährlichen Situation, vergleichbar der in einem geschlossenen Raum. Durch Panik entstehendes schnelles Atmen kann lebensgefährlich werden, vor allem für Menschen mit reizbaren Luftwegen. Allein 1988/89 starben durch den Einsatz von CS-Gas durch die israelischen Besetzer in Palästina 40 Menschen. 1985/86 starben nach CS-Gas-Beschuß zwei Menschen in Wackersdorf.

Tränengas: Anwesende Ärzte bezeichneten es ferner als MORDVERSUCH, daß die Polizei Tränengas in die Gefangenentransporter schoß und sie dann verschloß.

Sondereinsatzkommandos (SEK): Diese bildeten die brutale Vorhut bei den Angriffen. Nur ein Beispiel: In einer Wohnung benutzten sie die Brechstange, mit der sie gerade die Tür aufgebrochen hatten, um auf die Leute einzuschlagen.

Insgesamt, so kann ohne Übertreibung festgestellt werden, ist es ein Wunder, daß es keine Toten gab. Die Polizeistrategie wird immer konfrontativer und aggressiver, wie auch die Angriffe auf die Demos am 3.10. und 3.11. zeigen.

Revolte und Klasse

Im Oktober waren in Ost-Berlin über 120 Häuser besetzt, davon haben 80 Häuser Kollektivverhandlungen mit dem Magistrat geführt. Nur wenige der Häuser, die Einzelverhandlungen geführt haben, haben bisher einen Vertrag bekommen. Im Oktober brach der Senat/Magistrat die Verhandlungen mit dem Vertragsgremium ab.

Am 12.11.90 morgens wurden drei Häuser in Lichtenberg und Prenzlauer Berg geräumt. Als darauf Leute anfingen, Ecke Mainzer Straße / Frankfurter Allee Barrikaden zu bauen, wurden in der folgenden Nacht sämtliche Häuser in der Mainzer Straße von einer großen Bullenübermacht angegriffen und nach mehrstündigen, harten Kämpfen geräumt. Die offizielle Begründung war, aus den Häusern heraus seien Straftaten begangen worden und die BesetzerInnen seien nicht verhandlungsbereit gewesen - eine glatte Lüge.

Die Bullen aus West-Deutschland wurden anscheinend schon zwei Tage vorher angefordert. Wahlkampfmanöver der SPD, so weit so klar. Aber: haben sie sich damit ein Eigentor geschossen? Oder hat der Bruch der SPD/AL-Koalition planmäßig stattgefunden? Oder hat die rechtslastige Polizeiführung die "Sozis" blamieren wollen??

Egal auch, uns sind ein paar andere Dinge wichtig:

- beim Kampf um die Häuser haben sich viele Leute beteiligt, junge Ossis, sogar Fußball-Hools, die sich extra vorher ihre "Deutschland"-Aufnäher abgerissen hatten, damit sie mitmachen durften;
- als die Bullen in der Nacht zum 12. die Frankfurter Allee von Schaulustigen räumen wollten, schallte ihnen "Stasi raus" entgegen und die Leute sickerten immer wieder durch die Sperren zurück;
- einem Menschen, den die Bullen bei der Räumung der Mainzer übersehen hatten, halfen am nächsten Morgen die Bauarbeiter, unbehelligt "als einer der ihren" durch die Sperren zu kommen.

Nach der brutalen Räumung kam bei vielen BesetzerInnen das Gefühl auf, mit dem Rücken an der Wand zu stehen. Es dauerte drei Tage, in denen es keine weiteren Räumungen gab, die westdeutschen Bullen aber noch in der Stadt waren, bis der Schlag halbwegs aufgefangen war: Eine Presse-Erklärung von 86 Häusern wurde veröffentlicht: Wir sind weiter verhandlungsbereit, aber erst müssen die Häuser zurückgegeben werden!

Inzwischen laufen Diskussionen unter BesetzerInnen in die Richtung "die Kämpfe ausweiten". Die Frage ist allerdings, was man sich darunter vorstellt. Es ist sicherlich so, daß viele junge Leute sich spontan auf die Seite der BesetzerInnen gestellt haben (die große Wut bei der Verteidigung der Häuser erklärt sich vor allem dadurch) - auf der anderen Seite ist es den Herrschenden aber auch ein ganzes Stück weit gelungen, die BesetzerInnen vom sozialen Sprengstoff "Wohnungspolitik" wegzuschieben. Unter MalocherInnen und älteren AnwohnerInnen war öfter das Argument zu hören, daß man das Besetzen ja noch verstanden hätte, aber nun, diese Gewalt! Zum Teil findet da einfach auch ein Verdrängungsprozeß der älteren DDR-Malocher statt: es waren ihre Kinder, die in der Nacht geplündert haben!

Das alles vor rasantem Hintergrund: ab dem 1. Januar werden sich die Strompreise in Ost-Berlin vervierfachen, die Mieten werden bei privaten Vermietern massiv anstiegen ... das einzige, das nicht automatisch steigen wird, sind die Löhne! (die reden sogar davon, die Berlinzulage zu streichen, möglicherweise, damit wir nachher ihren stufenweisen Abbau als Sieg mißverstehen könnten??!!)

Eine Bewegung, die über ihren Tellerrand schaut, könnte viel bewegen. Der Häuserkampf ist nicht zuende — er hat angefangen.

aus: Wildcat Nr.53, Dezember 1990

GSW - Besetzung

So circa 60 Personen haben am 27.11. für zwei Stunden das Verwaltungsgebäude der 'Gemeinnützigen Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft' (GSW) in der Kochstraße in Kreuzberg blockiert. Sie haben damit gegen die geplanten Mieterhöhungen Anfang 1991 und die Räumungen Mitte November im Ostteil der Stadt protestiert. Gefordert wurden die Rückgabe der geräumten Häuser, Nichträumungsgarantien und die Rücknahme aller Strafanträge. Darüber hinaus verlangten die BlockiererInnen eine Auflistung leerstehender Wohnungen im Bezirk Friedrichshain und eine Duldung von Neubesetzungen leerstehenden Wohnraums.



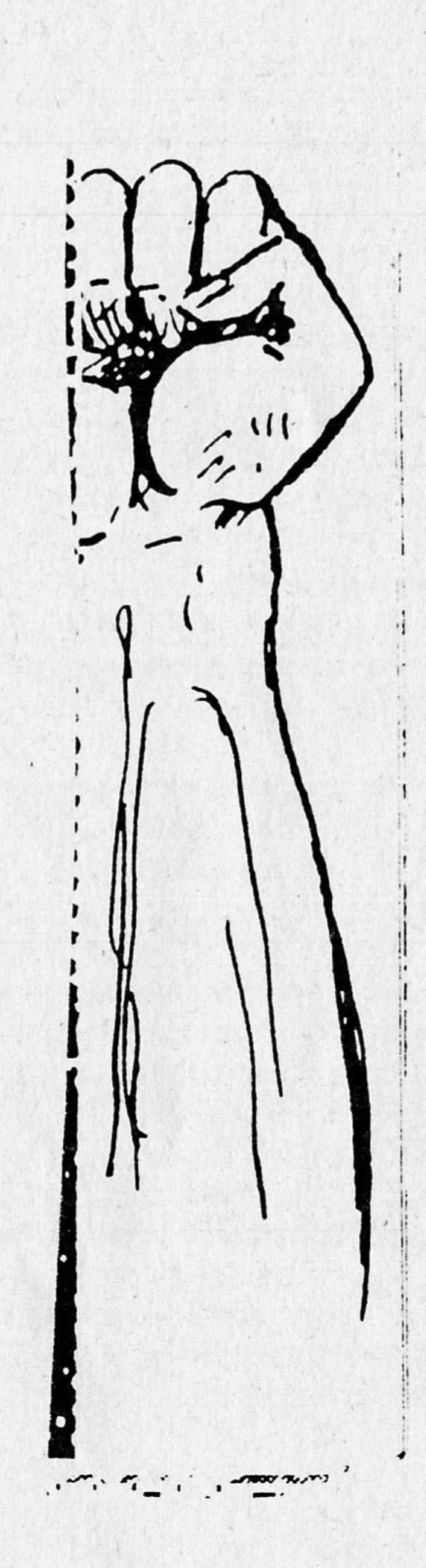
Die GSW ist eine der großen ehemals gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften West-Berlins (..sie verwaltet insgesamt 440.000 Wohnungen...)und schon seit langem ein Organ der gegen die Menschen gerichteten, profitorientierten Wohnungspolitik. Seit Juni dieses Jahres ist ihr auch noch die ehemalige KWV (Kommunale Wohnungsverwaltun Friedrichshain unterstellt.



Ihre Geschäftsführer H.J. Duvigneau und G. Luckow unterschrieben am 14.11. persönlich die Räumungsbefehle gegen die Mainzer Straße.

Wie schon die BewohnerInnen der Hafenstraße zur "Stern"-Blockade bemerkten: "Selbst das kleinste Licht durchbricht die Dunkelheit".

So blockierten wir ab 7 Uhr morgens die drei Eingänge der GSW. Frostig war's, die Angestellten blieben tatsächlich außen vor und gingen schließlich Kaffee trinken. Groß an einer Auseinandersetzung mit uns über die Räumungen und die Praktiken der GSW waren sie nicht interessiert. Wir wollten einen der Obermacker mit unseren Forderungen konfrontieren und sie nochmal vor der Presse beteuern hören, daß sie Schweine sind. Nach zwei Stunden kamen Duvi und Luckow, um mit uns zu reden. Leider lief dieses "Gespräch" zu unkoordiniert ab. Wir trugen Duvi unsere Forderungen vor, hatten aber nicht klar, wie wir weiter mit ihm umgehen. So diskutierten einige mit ihm, gaben ihm Raum, sich darzustellen. Andere wollten das Gespräch offensiv abbrechen. Die Presse ließ sich nicht sehen, aber Duvi gab einige Klopse zum Besten:



- die GSW hat angeblich für alle leerstehenden Wohnungen in Friedrichshain vorbeugende Räumunstitel gestellt
- in die Mainzer Straße sollen jetzt "wirkliche Wohnungs suchende" einziehen, z.B. jüdische Emigrantinnen und Emigranten aus der SU
- sie hätten rund um die Mainzer Straße keine Wohnungen mehr vermieten können und einige MieterInnen aus der Mainzer hätten evakuiert werden wollen (!!!)

Fazit: RICHTIGE ADRESSE - SCHLECHTE PRESSE,
DIE MAINZER KÄMPFT WEITER UND WIR MIT IHR !!!



Hallo ihr Besetzer in der EX-DDR!

Wir organisieren seit einiger Zeit internationale Häusertage Die Letzten haben im Juni in Hamburg stattgefunden. Vom 25.-30.12 gibt es jetzt noch einmal solche Tage, möglichst mit internationaler Beteiligung. Was wir da genau Vorhaben steht in der Einladung. -Wir schreiben euch noch mal an, weil wir esschade finden, daß die Vorberetng nur aus Westdeutschland getragen wird, und die meisten Infos die wir über eure Häuser, euren besonderen Bedingungen haben, kommen von Wessis die zu euch gezogen sind. Es ist uns klar, daß es schon viele schlechte Erfahrungen gibt, wo West-Scene ohne genau zu gucken und ziemlich arrogant bei euch aufgetretten ist. Wr wissen von einzelnen Hausbestzerinnen bei euch, daß sie deshalb keinen Bock auf die Tage haben.
-Wir wollen euch deshalb nochmal einladen, da wir Lust haben mit euch zu reden, unsere Erfahrungen auszutauschen und Strukturen untereinander aufzubauen. Wir in Hamburg wollen den Austausch unter anderem ach deswegen, weil die Auseinandersetzungen um Sanierung und Verträge hier immer total individuell gelaufen sind, was uns untereinander auch oft lähmt. Von euch haben wir da einen ganz anderen Umgang mitgekriegt. Wir wollen auch wissen, wie ihr miteinander lebt, euren Alltag organisiert, was für Probleme ihr damit habt ...
Außerdem gibt es bei euch wie bei uns viele Häuser und besetzte Freiräume die Räumungsbedroht sind. Wir haben von der Räumung in Erfurt gehört, wo eine Antiterror-Einheit Erwachsene und Kinder aus dem Haus herausgeprügelt hat. Wir verstehen das auch so, daß die Herrschenden jetzt nach der Wiedervereinigung anfangen, gegen euch vorzugehen.
Kommt zu Sylvester nach Hamburg und lasst uns zusammen reden und feiern!

P.S.: Wir hören gerade vom Widerstand in Ost-Berlin nach den Räumungen in der Pfarrstrasse und in der . Auch wenn wir auf Grund unserer Erfahrungen diese Form des Widerstandes in der Mainzerstr. vollständig nachvollziehen können, wollen wir aber gerade auch mit denen von euch reden, die nicht hinter den Barrikaden stehen wollen und/oder können.

Viele Grüße
Häusertagegruppe
Hamburg

P.S. P.S. Als wir diesen Brief endlich getippt und kopiert hatten, war die Mainzerstr. und damit der Infoladen über den wir dieses Schreiben verteilen wollten geräumt. Deswegen versuchen wir das Schreiben nun über die wenigen uns bekannten Adressen direkt zu verteilen. Helft uns beim weiterverteilen und sowieso gemeinsam sind wir stark.........

Redebeitrag 19-11-90

zur Mainzer Str. und zur Situation in Hamburg

wir,leute aus den verschiedenen hamburger häusergruppen,haben darüber nachgedacht,was die brutale räumung der mainzerstraße in berlin für uns bedeutet.
für uns kam die räumung in der härte ziemlich überfallartig.die frage,ob es ohne den aufbau von barrikaden jetzt eine räumung gegeben hätte,ist erstmal zweitrangig;auf jeden fall war es eine provokation mit einer räumungsarmada durch die straße zu fahren.für die bewohnerInnen war dies der grund sich zu wehren,die straße dichtzumachen,so daß die bullen erstmal nicht reinkamen.
am montag war für uns klar,daß keine verhandlungsbereitschaft von seiten des senats besteht.plötzlich ging es um die räumung einer ganzen straße.unter dem motto:keine 2.hafenstraße war die räumung aber auch schon vor dem barrikadenbau politisch vom senat beschlossen und vorbereitet worden.
die einschüchterungsstrategie der schweine soll greifen,die situation in berlin ist für uns übertragbar.die häusergruppen,die zu ihren forderungen stehen -die häuser denen,die drin leben
wollen
-keine einmischung vom staat und
seinen handlangern
stehen auf der abschußliste;die häuser,die sich ruhig verhalten und den sanierungsprogrammen der senate anpassen,werden vorläufig nicht angegriffen.größere häuser oder zentren haben von vornherein eine ganz andere position,denn die entwicklung von übergreifenden strukturen,der aufbau von infoläden,die organisation unseres widerstandes und kultureller freiraum ist hier leichter möglich,hat viel mehr ausstrahlung und wird deshalb besonders heftig angegriffen.der staat will keine politische auseinandersetzung um die häuser insgesamt,sondern will uns einzeln am verhandlungstisch als bittsteller sehen.
auch in hamburg regieren sie nach dem prinzip:teile und herrsche:dabei versuchen sie permanent, die hafenstraße von allen anderen abzuspalten:
statt über verhandlungskleinkram wollen sie den hafen mit hilfe von raf-konstrukten einerseits und aufkündigung des vertrages andererseits abräumen.
in hamburg herrscht eine vereinzelung der projekte vor.es gibt keine gemeinsame perspektive,ob verträge oder wie damit umgegangen wird.kleine projekte sind so gezwungen,wohl oder übel verträge zu machen,um dem räumungsdruck auszuweichen.jedes projekt ist deshalb mit einzelverträgen beschäftigt.es ist fast ein teufelskreis entstanden:keine gemeinsame perspektive,so einzelverhandlungen,die folge-keine zeit oder kein vertrauen zu einem gemeinsamen umgang damit.
so sehen die unterschiedlichen realitäten aus:
die schanze ist im privatbesitz der schanzengenossenschaft,hat dadurch eine ziemlich sichere position und wird zur zeit saniert und modernisiert.
schäferkamp hinterhaus hat einen nutzungsvertrag und fängt mit der sanierung an.
große freiheit ist im besitz der häuser durch erbbaupachtverträge und hat die sanierungen und modernisierungen fast abgeschlossen.
die chemnitzstraße ist fertig saniert,wird von der saga verwaltetund wird wegen jedem transparent o.ä.mit prozessen überzogen.
lama ist geräumt,das haus steht seit der 2.wiederbesetzung unverändert leer.
klausstraße,jägerpassage und schäferkamp vorderhaus sind besetzt,haben kein bock auf zwangssanierung,was bis jetzt durch verzögerungstaktik aufgeschoben wurde.es gibt aber auch keine perspektive allein da rauszukommen;unterschiedliche rechtliche und bauliche situationen.
für die hafenstraße sieht das so aus,daß sie sich auf bundes- und lokalebene einig sind,daß der hafen geräumt werden soll:das bka fordert räumung wegen angeblicher terroristischer gefahr,der hamburger senat treibt die räumung über mietrecht voran.

damit sind die einzelnen häusergruppen teilweise isoliert,die unterschiedlichen realitäten,die vom staat geschaffen worden sind,
blockieren unsere gemeinsamen ziele.wir wollen mehr als nur ein diffuses gemeinsames selbstverständnis.unser aller interesse ist es,aus der defensive herauszukommen und denkschemata und mythen im häuserkampf aufzubrechen: z.b.,daß es für viele schon normal ist,sich mit 15% eigenleistung abzufinden,die form der sanierung sich von der baubehörde und den alternativsanierungsträgern diktieren zulassen und die angeblich notwendigen unterschiede der eigentumsform für jedes einzelne haus zu akzeptieren.vor allem aber haben wir es satt,den kampf um unsere häuser und zentren vereinzelt zu führen.
wie wäre es,wenn die häusergruppen und die flora gemeinsame forderungen stellen würden,z.b.:
-die häuser denen,die drin leben -in einer frei zu wählenden rechtsform,z.b. ein gemeinsamer verein,der besitzer aller häuser ist
-die leute,die den schaden an den häusern verursacht haben,kommen auch für die grundinstandsetzung auf
-selbstverwaltung und selbstorganisierung der baumaßnahmen
-keine von der stadt aufgedrückte wertsteigerung der häuser
-weg mit den sanierungsträgern-direkte verhandlungen mit der stadt über alle häuser
-weg mit dem wohnwagengesetz
-weg mit 129a

die situation hat sich total zugespitzt,aber da ist auch noch was offen,es liegt zu einem gutteil auch an uns,daß wir uns die ganze scheiße nicht mehr länger reinziehen.
gemeinsame forderungen,mal die unterschiedlichen realitäten der einzelnen häuser aufzubrechen ist das eine,uns gegen die schweine durchzusetzen nochmal schwieriger,aber lieber mal was schwieriges anpacken als gleich einzupacken

RAUMT DAS RATHAUS UND DIE INNENBEHORDE
NICHT DIE HÄUSER

Umschlag von:"Megaphon"-Berner Info Zeitung



(BOLOGNA 1977!)

P 38 STATT CH 91

WIR LASSEN UNS NICHT WEGPUTZEN FÜR EURE TOD-SAUBERE SCHEI$$PARTY!

FÜR DIE VERTEIDIGUNG ALLER AUTONOMEN FREI(T)RÄUME



Was gestern mittag noch ein Gerücht war, hat sich bereits am Abend bestätigt: 4 weitere Häuser in Friedrichshain sollen geräumt werden. Insgesamt liegen seitens der Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain 6 Räumungebegehren vor: Gegen die:

- Samariterstr. 31
- Samariterstr. 32
- Rigaerstr. 101
- Proskauerstr. 4
- Kadinerstr. 15
- Scharnweberstr. 28

Lt. WBF zeichne sich allerdings bei den beiden erstgenannten Häusern eine Verhandlungsmöglichkeit ab, weshalb hier vorerst von einer Vollstreckung der Räumung abzusehen sei.

DIE ANDEREN VIER HÄUSER SOLLEN SCHNELLSTMÖGLICH ABGERÄUMT WERDEN!

Laut Bündnis 90 ist der Termin für die Räumunge innerhalb von 48 Stunden seit gestern mittag angesetzt.

HEUTE MORGEN FAND DESHALB UM 5.30 EINE DEMO MIT 150 MENSCHEN GEGEN DIE RÄUMUNG DURCH DEN FRIEDRICHSHAINER KIEZ STATT.
Die Bullen waren nach einiger Zeit mit 5 Wannen zur Stelle, beteuerten aber, daß heute (Do) nicht geräumt werden solle. Auf die Frage wie es morgen wäre, wollten sie sich nicht äußern.

Eine Räumung zum jetzigen Zeitpunkt würde genau in das politische Kalkül des Senats und der WBF, bzw. ihrem West-Pendant, der GSW passen. Beide wissen, daß die Zeit gegen sie arbeitet, daß auch in Friedrichshain mittlerweile ein runder Tisch eingerichtet wurde und sich die Stadtbezirksverordnetenversammlung für eine Verhandlungslösung mit allen Häusern und ein Räumungsmoratorium ausgesprochen hat.

Bevor dieser Runde Tisch am nächsten Mittwoch allerdings zum ersten Mal zusammentrifft, will die WBF/ GSW offenbar Fakten schaffen.
2 TAGE VOR DEN WAHLEN WÜRDEN SICH DAMIT MOMPER UND PÄTZOLD ERNEUT MIT EINEM MASSIVEN BULLENEINSATZ GEGEN DIE FRIEDRICHSHAINER BEVÖLKERUNG STELLEN.

LASSEN WIR DAS NICHT ZU!
KEINE RÄUMUNGEN! RÜCKGABE DER GERÄUMTEN HÄUSER!
VERTRÄGE FÜR ALLE!
GEGEN MIETERHÖHUNGEN UND WOHNUNGSLEERSTAND!

Informationen gibt es in folgenden Info-Cafes:
Liebigstr. 34
Rigaerstr. 84
Jessnerstr. 41
Pilatus, Kreutzigerstr.

Düsseldorf - Pempel 15 Pleibt!

In der NRW-Schicki-Metropole wurde am 24.11. ein 8 Jahre leerstehndes Haus (Alt Pempelfort 15) enteignet. Trotz permanenter Räumungsdrohung findet dort täglich ein großes Frühstück und eine Volxküche statt, auch gab es bereits ein NachbarInnencafe, eine Nachtparty und ein Solidaritätskonzert. Die Besetzung wird von vielen nachbarInnen und über 30 Gruppen und Initiativen unterstützt. (ausführliche Infos im Ordner)

Siegen - Gewinnen ?

Für mehrere Stunden wurde am 17.11.,aus Solidarität mit dem Häuserkampf in Berlin, ein leerstehendes Haus in der Innenstadt besetzt, um die Provinzpolitmafia und ihr Wahlvolk ein wenig in ihrem Schlaf zu kitzeln. Die bürgerliche Presse berichtete aufmerksam und kam auch nicht umhin die beschissene Wohnraumsituation zu thematisieren.

Lübeck - wg. Berlin

Am 15.11. Glasbruch beim Sozialamt, SPD Büro und Dresdener Bank; Buttersüreparfümierungt der Privatwohnung des Bürgermeisters.
Verantwortlich zeichnet sich der "autonome haufen - uns stinkts schon lange"

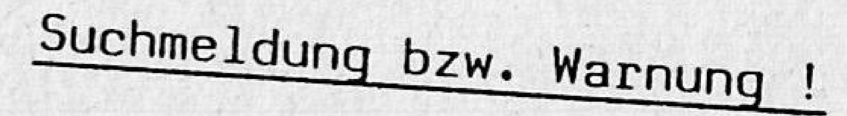
Washington Post

Berlin

An army of 3,000 German police officers used armored personnel carriers, tear gas, water cannons and bulldozers yesterday to burst through massive barricades and force several hundred young anarchists out of 13 apartment buildings they were occupying.

Betr.: Interim 121, S.9: dokumentierter Brief der Wohnungsbaugesellschaft Mitte an die Senatsverwaltung

Die Fabrik in der Dresdener Straße 109 kann gar nicht so verseucht sein, wie es in dem Brief der Wbg steht. Denn ansonsten könnte dieses Gebäude nicht wieder vermietet werden, was aber einige "Personen" tun wollen. Schon mehrmals wurden auf dem Gelände Bodenprproben entnommen. Diese leute haben sich immer als die "rechtmäßigen" Besitzer ausgegeben, was uns jedoch nie irgendwie belastet hat. da wir keinen Streß wollten, haben wir diese Leute tun lassen was sie wollten - nur ins Haus sind sie nicht gekommen ohne das jemand dabei war. Da diese Leute uns die Ergebnisse mitteilen wollten, was aus dieserUntersuchung rausgekommen ist, haben wir sie auch in die ehemalige Galvanik gelassen. Nur von diesem zeitpunkt haben wir nichts mehr von denen gehört, wahrscheinlich ist das Ergebnis der Untersuchung so ausgefallen, wie sie es erhofft haben.
In der Wpoche vom 12.11 - 17.11. hat die Wbg. wiederum Bodenproben entnommen. Mit dem Ergebnis der Untersuchung ist im Januar 91 zu rechnen. Sie versuchen, doch noch was zu finden, um uns von den Bullen rausknüppeln lassen zu können.
Doch wir bleiben drin. Wir wollen Mietverträge, Zuschüsse (da sämtliche sanitären Anlagen rausgerissen worden sind) und unsere Ruhe. Doch wenn`s nicht freidlich geht, dann mit Gewalt.
einer der Besetzer, z.Zt.JVA


Suchmeldung bzw. Warnung !

Am 13.11.90 (in der nacht vor der Räumung) wurde beim Einbiegen in die Mainzer Straße ein radfahrer von einem Auto absichtlich !!! angefahren und schwer verletzt. Autokennzeichen und Marke sind polizeilich bekannt. Das Auto wurde jedoch Ande August verkauft und nicht wieder angemeldet. Es ist also geklaut, ein grüner Passat mit dem Kennzeichen KLE-LK 8.
Ein Verkehrsbulle meinte noch zu mir, daß ein Typ einen Film von dem Vorfall abgegeben hätte, allerdings war er nicht belichtet.
Zeugen dieses Vorfalls mögen sich doch bitte mal beim EA, Gneiseneuastr.2a (Dienstags 20-22.00) melden.
Venceremos j.

Auf den Leim gegangen ....
sind uns die Leute die die Plakate für die Anti-Rassismus-Demo am 1.12. geklebt haben. Genauso wie die GenossInnen, die für die rechtzeitige Antragstellung für Aufenthaltsgenehmigungen werben. Und diese nervigen Kommerzklebekolonnen, die den Kiez zukleistern.
Aktuelle Plakate, wie die von der "Wir bleiben in SO 36" - Ini oder die "Kreuzberger Wandzeitung" oder Veranstaltungs-Ankündigungen werden in den letzten Wochen gnadenlos überklebt.
Das ist nicht nötig, Platz ist genug da.
Wenn auf riesigen Plakaten angekündigt wird, daß Chris de Burgh demnächst wieder für 4o,- Mark pro Nase in der Deutschlandhalle jammert ist das genau der richtige Platz zum (über-)kleistern und nicht <u>unsere</u> Polit- und Kulturplakate.

Stinksauer

Leimfinger

Anhänger der Kölner autonomen Szene zerstörten am späten Mittwoch abend die Schaufenster von 26 Geschäften in der Mittelstraße. Kurz vor 23 Uhr (wir berichteten in einem Teil der Auflage) war eine Gruppe von etwa 40 zum Teil vermummten Personen durch die Straße gelaufen und hatte die Läden mit Pflastersteinen regelrecht bombardiert. Die Polizei vermutet, daß es sich um Sympathisanten der Berliner Hausbesetzer handelt. Drei von ihnen konnten noch in der Nacht festgenommen werden.

Vermummte verwüsteten in Sekunden zwei Straßen

Sympathie-Aktion für Berliner Randalierer — Die Polizei war offenbar unvorbereitet

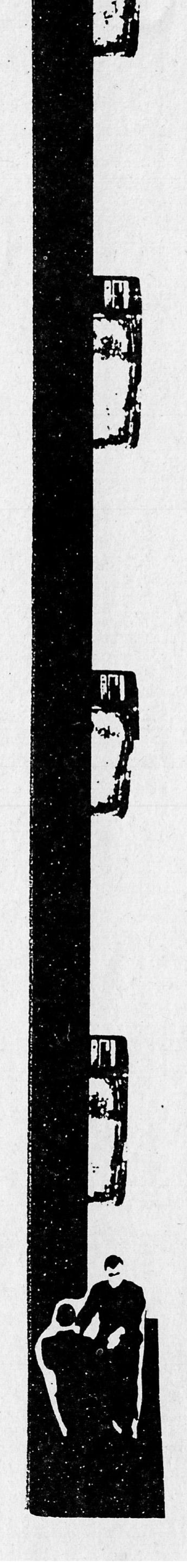
Marchstraße/ Einsteinufer

Wir haben uns nach langen Diskussionen entschlossen, dieses Flugblatt zu schreiben, um Gerüchten vorzubeugen und sie richtig zu stellen.
Wir wollen vor

warnen, da sie die treibenden Kräfte in der im folgenden beschriebenen Auseinandersetzung waren. Außerdem wollen wir unser weiteres Vorgehen auch gegen sie erklären.
Das Hinterhaus unser seit fast 2 Jahren besetzten Häuser Marchstraße 23/Einsteinufer 41 in Charlottenburg steht im Moment fast leer. Dazu führte ein Konflikt zwischen der Mehrzahl der Bewohnerinnen unseres Geländes, und einer Gruppe von Leuten, der in einer handgreiflichen Auseinandersetzung gipfelte. Wir halten diesen Konflikt für so schwerwiegend, daß er öffentlich gemacht werden muß. Wir sind hier an grenzen der Formen unseres Zusammenlebens und Miteinanderumgehens in besetzten Häusern gestoßen, die wir uns so nie vorstellen und auch nicht wahrhaben wollten. Diese Erfahrung ist tiefgreifend und schmerzhaft.

Am Montag, den 26.11., klirrten gegen 18.00 Uhr an der Rückseite des Vorderhauses der Marchstraße die Scheiben, Steine flogen ins Infocafe und in die Gemeinschaftsküche. Zum Glück hielt sich in diesem Moment gerade keine/r in diesen Räumen auf, sodaß es keine Verletzten gab.
Der direkte Vorwand für diese Aktion, an der ca. 10 Personen aus der Wagenburg und dem Hinterhaus beteiligt waren, war ein durchgeschnittenes Stromkabel. Seit dem Morgen gab es einen Kurzschluß in der Wagenburgelektrik, die die Stromversorgung des Geländes immer wieder lahmlegte. Die drei stöpselten ihr Kabel dann jedesmal wieder rein, wodurch kurz danach wieder die Sicherung heraussprang. Gegen Abend wurde es einem Menschen zu bunt, er kappte erstmal das Wagenburg-Stromkabel. Daraufhin verbreiteten die drei im Hh, daß Vh hätte wegen der nicht bezahlten Rechnung den Strom abgestellt. Sie forderten die Leute zum "Sturm" auf das Vh auf, was sie vor drei Monaten schon einmal versuchten, damals nach einer Farbbeutelaktion einiger Frauen zur Bekräftigung eines Hausschmißbeschlusses gegen einen Typen wegen Rassistisch/Sexistischer Äußerungen .
Kurz danach tauchten etwa 10 Personen bewaffnet mit Knüppeln, Helmen und Schildern vorm Vh auf, sie forderten, daß der Strom sofort wieder angestellt wird, sonst würde das Vh geräumt (O-Ton: " Jetzt nehmen wir den Bullen die Arbeit ab"), bzw. mit Mollies abgefackelt. K.,J.,P., versuchten gleichzeitig, Diskussionen zwischen Leuten aus dem Vh und Hh zu unterbinden. Als die drei ihre Unterstützung schwinden sahen,

machte J. das Angebot seine Stromrechnung zu bezahlen, sich um die Reparatur der Fensterscheiben zu kümmern, droht aber gleichzeitig massiv und greift Personen tätlich an . Ein Typ aus dem Hh geht dazwischen. Klaus gibt dann den Befehl zum Abmarsch, im Vh wird ein Plenum gemacht. Dabei kommt dann heraus, daß für fast alle die Aggressionen der drei spätestens mit diesem Angriff unerträglich geworden sind. Es wird beschlossen, die Stromleitung zur Wagenburg (aus der drei andere Menschen wegen verbaler und körperlicher Angriffe gegen sie schon einige Wochen vorher vertrieben wurden) erstmal nicht wieder anzuschließen. Ein Mensch aus dem Hinterhaus geht los, um diesen dreien von dieser Entscheidung zu berichten. Er wird daraufhin von J. als "Verräter" bezeichnet und zusammengeschlagen. Als er zurückkehrt



beschließt das Plenum, daß die drei das Gelände verlassen sollen. Mehrere Personen gehen ins Hh, um dort nochmal klarzumachen, daß wir Faustrecht und Anmache satt haben und daß es nicht gegen das Hh geht, sondern gegen diese Schweine. Dabei wird ein Geländeplenum für den nächsten Tag vereinbahrt ohne die Leute, die an der Aktion gegen das Vh beteiligt waren. Das Geländeplenum , nur ein Mensch aus dem Hh nimmt teil, beschließt, daß die drei bis zum nächsten Mittag das Gelände verlassen sollen. Dies wird ihnen danach übermittelt, worauf sie dann in 36 und Moabit mobilisieren gehen(O-Ton: "Das Vh wird brennen").
Gegen 4.oo Uhr nachts beginnt dann ein massiver Beschuß des Vorderhauses mit Flaschen, Steinen und Zwillen aus dem Hh, die meisten Fensterscheiben gehen zu Bruch, es wird glücklicherweise niemand ernsthaft verletzt. Nach etwa einer Stunde fortdauernden Beschusses beginnen einige Menschen aus dem Vh zurückzuschießen, als dann ein Mollie in Richtung Vh fliegt, wird die Gegenwehr verstärkt, in der Absicht, die AggresorInnen von den Fenstern zum Hof wegzuhalten. Gleichzeitig beschließen wir, die Bauwägen der drei Oberschweine sofort vom Gelände zu entfernen, was dann auch passiert (zwei UnterstützerInnen der AngreiferInnen die mit einem Mollie und anderen Waffen auflaufen, werden von uns mit Gewalt gestoppt). Außerdem beschließen wir, keine Personen während der Auseinandersetzungen mehr ins Hh zu lassen. Wer heraus will, kann dies tun. Wie wir später erfahren haben, sind während des ganzen Angriffs die drei und ihre HelferInnen gegen andere Hinterhäusler aktiv geworden, um sie an das Verlassen des Hh zu hindern. Personen, die mit ihnen über diese Aktion reden wollten, wurden zusammengeschlagen. Am Mittwochvormittaag verlassen dann nach und nach die an den Aktionen unbeteiligten das Hh. Im Vh sind mittlerweile UnterstützerInnen eingetroffen, die uns helfen, keine/n ins Hh zu lassen.

Gegen 15.oo Uhr erinnern sich die verbleibenden AngreiferInnen, daß noch ein Kranker (Blutvergiftung, 40Grad Fieber), um den sie sich seit mindestens einen Tag nicht gekümmert hatten, im Haus ist, und ließen uns dieses wissen, und verließen dann geschlossen im Schutze des eintreffenden Krankenwagens das Hinterhaus.
Am nächsten Tag verübten K.,J.,P., mit sechs anderen Personen einen Überfall auf die Wohnung eines Ex-Marchsträßlers in Ost-Berlin, der uns während der Konfrontation unterstützt haben soll (was nicht wahr ist) und schlagen die Anwesenden mit Baseballschlägern und Eisenstangen zusammen und klauen 100 DM. Außer den AngreiferInnen verlassen noch einige andere HinterhäuslerInnen vorerst das Gelände. Einige HinterhausbewohnerInnen in die anderen Häuser ein. Das Hh wird gegen noch zu erwartende Angriffe gesichert. Was jetzt mit dem Hh passiert, ist us allen noch unklarund bisher nur andiskutiert.

Die seit längerem bestehenden Nervereien zwischen dem Hh und Vh (die sich an so alltäglichen Dingen, wie unbezahlten Rechnungen und Abziehereien und so schwerwiegenden Punkten wie dem stark sexistischen Verhalten von meheren Hinterhäuslern aufbauten und die durch die mangelnde Kommunikation zwischen den Leuten nicht bewältigt werden konnten, was noch verstärkt wurde durch die starke Fluktuation der HinterhausbewohnerInnen und dem arrogenten Verhalten vieler anderer Leute aus den anderen Häusern.), nutzte Klaus aus, um eine Situation zu konstruieren in der er die Leute aus dem Hh gegen das Vh aufzuhetzen versuchte. Es gelang ihm je-

doch nur kurzzeitig ein paar Menschen zu mobilisieren, im Verlauf der Auseinandersetzung wurde uns und den meisten Menschen aus dem Hh klar, daß die Provokation von und seiner Crew wenig mit den Spannungen zwischen den Häusern zu tun hatten, sondern er diese nur ausnutzte.
Der Angriff auf das Vh war nicht das erste Ereignis, wo versuchte, Leute gegeneinander auszuspielen, zu verleumden und damit vom Gelände zu drängen, sowie die Häuser gegeneinander aufzuhetzen, um eine Machtposition aufzubauen und zu stärken. Während J. und besonders P. mehere Menschen auf dem Gelände massiv bedrohten, hielt sich Klaus dabei eher im Hintergrund. Wir und andere haben aber mehrmals beobachten können, wie . aufgestachelt hat und Anweisungen gegeben hat. Wir haben die Aktionen von zuerst nicht ernst geommen. Ihre Rollkommandemäßigen Angriffe auf uns und andere Personen, der Überfall auf die Wohnung am Tag nach ihrem Angriff auf das Vh zeigen, daß der Terror nicht zu Ende ist. Außerdem erfuhren wir von einem Überfall auf die Ost-Berliner Wohnung vor ca. 14 Tagen. Wir rechnen mit weiter en Angriffen auf uns oder andere Häuser. Wir erfuhren z. B. von Plänen, die polizeiliche Räumung zu provozieren. Die Angriffe von spielen objektiv den Bullen in die Hände, d. h. neben der zur Zeit für die meisten Häuser bestehenden Räumungsbedrohung käme weiterer Druck hinzu, wenn es und Co. tatsächlich gelänge, weitere Personen, Gruppen oder Häuser gegeneinander aufzuhetzen. Wir wollen dies mit unserer Darstellung verhindern und sind der Meinung, daß Personen, die sich so verhalten, in unseren Zusammenhängen nichts mehr zu suchen haben.

Einige Frauen aus der Marchstraße/Einsteinufer haben eine teilweise andere Einschätzung zu den Vorfällen auf dem Gelände.
Schon immer lief von Typen, vor allem aus dem Hh, sexistische Anmache gegenüber Frauen. Einige Male sollten Typen dann auch deshalb vom Gelände fliegen, wobei sich daraufhin alle Leute aus dem Hh mit dem jeweiligen "solidarisiert" haben. Wir haben diese Rausschmisse dann nicht gegen das Hh durchgesetzt, zum Teil weil wir von dieser "Solidarisierung" und der damit verbundenen tätlichen Bedrohung eingeschüchtert wurden, zum Teil wegen unserer eigenen Uneinigkeit und Inkonsequenz. Einerseits war es für uns ab verschiedenen Zeitpunkten dann nicht mehr möglich mit den allermeisten Leuten aus dem Hh zu reden, andererseits haben wir durch unser Nichtsverhalten/ Nichthandeln dazu beigetragen, daß die Struktur des Hh lange aufrecht erhalten wurde. Diese Struktur heißt/hieß für uns die hohe Fluktuation, so daß niemand, auch nicht die BewohnerInnen des Hh selbst, wußte, wer dort genau wohnt und trotzdem (oder gerade deshalb?) eine ständige blinde Solidarität gegen das Vh und besonders gegen Frauen bestand. Dies bedeutete für die Typen des Hh einen absoluten Freiraum für ihre sexistisches Verhalten, und eben diese Struktur hat auch Leuten wie usw. diese Eskalation gegen das Vh ermöglicht. Unser jetziges Handeln ging deshalb nicht nur gegen diese drei, sondern gegen genau diese Strukturen. Geländeweit ist es im Moment unklar, wie es mit dem Hh weitergehen soll. Wir wollen auf keinen Fall zulassen, daß das Hh jemals wieder Freiraum für Sexismus und Haßteile einzelner Leute sein kann.



Friede den Hütten - Krieg den Palästen.
Wir wollen, daß dieser Spruch durch konkrete Aktionen kontinuierlich gefüllt wird. Am 29.11. haben wir die Dresd. Bankfiliale Moritzplatz [Zehlendorf] entglast und somit begonnen, die Gettoisierung der sozialen Konflikte zu durchbrechen. Zur Funktion der Dresd. Bank und der anderen BRD-Großbanken im Prozess der weltweiten Ausbeutung und der Unterdrückung selbstbestimmten Lebens müssen wir an dieser Stelle wohl nichts mehr schreiben. Die entsprechenden Analysen sind allgemein bekannt und hoffentlich dementsprechend verinnerlicht.
Wir wollen die Beschränkung des "revolutionären Mythos" auf Kreuzberg innerhalb Berlins durchbrechen. Wir wollen raus aus der Begrenzung von sozialen Konflikten auf den für Bullen mittlerweile berechenbaren Kietz. Geht raus aus 36, Mitte, Prenzelberg und Lichtenberg. Tragt den Konflikt rein in die bürgerlichen Stadtteile.
Solche Aktionen müssen nicht spektakulär sein oder ein Höchstmaß an Sachschaden bewirken, sie müssen nur dauernd gemacht werden. Dann kommen die Schweine schnell ins Schwitzen. Nicht ein einzelner Nadelstich wie unserer bringt die neue Qualität einer solchen Praxis, sondern die andauernde Akkupunktur der herrschenden Verhältnisse. Wenn wir Bullen, Staat und Kapital oft genug pieken und dabei viel Phantasie entwickeln, werden sie den Schmerz schon spüren. Verwandeln wir ihre bequemen Sofas in Nagelbretter. Schließt euch zusammen und entwickelt viele eigene Ideen.
Solidarität mit der Mainzer.

Sabotage: Schlösser von Wahllokalen verklebt

Hamburg (dpa). Einige kleinere Fälle von Wahl-Sabotage wurden aus Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein gemeldet: In Oberhausen und Itzehoe hatten Unbekannte die Schlösser an einigen Wahllokalen verklebt. Dank mehrerer Handwerker konnte die Wahl jedoch ohne Verspätung beginnen.

schWarZ VOLX SPORT

V O L X S P O R T

E s warren einmal zwei spd-büros in der feurigstr., berlin-schöneberg. dort lebten ein computer und eine kleine druckmaschine. tagtäglich wurden sie gequält und dazu gezwungen, dem bösen HERRscher spd bei der herstellung seiner lügen und hetzte zu dienen.nach der brutalen räumung der mainzer str. wurde ihr leid unerträglich - in der nacht vom 3. auf den 4. dezember tranken sie ätzende säure und leim und in ihrer verzweiflung stürzten sie sich von den tischen.
und weil wir es schon lange nicht mehr mit der spd ertragen, haben wir zufälligerweise genau zur gleichen zeit die scheiben der beiden büros eingeschlagen und buttersäure hineingekippt. leider kamen wir zu spät, um die maschinen noch zu befreien. ihr letzter lebenshauch war bereits entfleucht.

nachdem der HERRscher am 2.12. entmachtetwurde, erscheintdie aktion einigen vielleicht nicht mehr zielgerichtet genug.
die spd ist jedoch auch nach der wahl verantwortlich für die räumungen der letzten wochen. sie haben einmal mehr gezeigt, daß sie bereit sind, die berühmt- berüchtigte berliner linie militärisch durchsetzen zu lassen,wenn sie es anders nicht schaffen.
mit sie meinen wir jdoch nicht nur die spd, sondern alle parteien der ehemaligen und jetzigen regierung/senats, die ein gemeinsames ziel mit verschiedenen strategien verfolgen:
alle menschen in ihr scheiß-system zu integrieren und die, die das nicht mit sich machen lassen auf der straße und in ihren knästen zu zerstören.
unsere selbstbestimmten lebensräume sind euch ein dorn im auge eures unterdrückerischen demokratieverständnisses, und noch könnt ihr sie uns militärisch nehmen, nicht aber unsere ideale.

widerstand auf allen ebenen

- gegen E 92
- gegen olympia 2000/irgendwo
- gegen die ganze großdoitsche vaterlandsscheiße
- für ein HERRschaftsfreies leben

die häuser denen, die drin wohnen

unterstützt die forderungen der menschen aus den geräumten häusern

Seit dem 30.11.89 befinden sich in Spanien die Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) im Hungerstreik.
Deshalb haben wir an diesem Tag das Büro des EG Presse- und Informationsdienstes besetzt.
Wir wollten damit das Totschweigen der internationalen Presse brechen.
Wir forderten die Veröffentlichung unserer Presseerklärung.
Unsere Forderung wurde nicht erfüllt und wir wurden nach ca. einer Stunde polizeilich geräumt.

Den Frauen und Lesben von den Dissonanzen haben wir zu verdanken, daß die Presseerklärung doch noch gesendet wurde.

no pasaran!

las bonitas

Heute am 30.11.90 befinden sich die spanischen politischen Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) seit einem Jahr im Hungerstreik für ihre Wiederzusammenlegung. Am 177. Tag dieses Hungerstreiks starb Jose Sevillano Martin. Die Gefangenen fordern die gleichen Haftbedingungen, die sie sich 1987 in einem 90tägigen Hungerstreik erkämpft hatten. In dessen Verlauf wurde der Gefangene Juan Jose Crespo Gallende ermordet. Erst nach seinem Tode wurde ein Abkommen zwischen der damaligen spanischen UCD-Regierung und dem Roten Kreuz geschlossen, in dem die Zusammenlegung der politischen Gefangenen in zwei große Gruppen(mit einem selbstbestimmten, organisierten Gemeinschaftsleben im Gefängnis garantiert wurde. Die sozialdemokratische psoe- Regierung hat dieses Abkommen seit 1987 systematisch gebrochen: die großen Gefangenenkollektive wurden zerschlagen und die Gefangenen in Kleinstgruppen oder in völliger Einzelisolation in Gefängnisse über das ganze Land verteilt.
In dem staatlichen Vorgehen gegen die politischen Gefangenen offenbart sich eine vereinheitlichte Politik der westeuropäischen Regierungen. Die Durchsetzung der Isolationsfolter in Spanien entspricht dem von der BRD in Westeuropa forcierten Konzept der Unterdrückung gegen den revolutionären, antiimperialistischen Widerstand
Überall, ob in Frankreich, Belgien, der BRD, Italien oder Spanien, wird die Zusammenlegung blockiert oder zerstört, werden die kämpfenden Gefangenen isoliert und verstreut, wird versucht sie durch Isolationshaft und Zwangsernährung zu erpressen.
Die Hungerstreikenden in Spanien werden mittlerweile ausnahmslos zwangsernährt. Offen als Folter angewendet, soll die Zwangsernährung nicht den drohenden Tod der Gefangenen verhindern, sondern den Kampf und den Willen der streikenden Gefangenen zerstören.
Seit Anfang Oktober wurde über 20 Gefangene, das ist etwa die Hälfte der Hungerstreikenden in 7 Gefängnissen Kontaktsperre verhängt.
Es werden dort weder Angehörigen- noch Anwaltsbesuche zugelassen. Die Gefangenen dürfen keine Post empfangen und auch keine Post versenden. Durch die vollkommene Isolierung der Gefangenen gerade in dieser zugespitzten Phase des Hungerstreiks will der Staat den Streik brechen. Wir wollen heute mit unserer Aktion die Nachrichtensperre durchbrechen und unsere Solidarität mit den Gefangenen im Hungerstreik ausdrücken.

SCHLUß MIT DER ISOLATION UND VERNICHTUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN !!!!!
SCHLUß MIT EINEM EUROPA DER BULLEN UND BONZEN !!!
ZUSAMMENLEGUNG - JETZT !!!

Betr.: Mißstände im Maßregelvollzug/Hadamar



Offener Brief


Wir sind Insassen im sogenannten Isolations-Zellenbau Haus 7 des Maßregelvollzuges des PKH Hadamar und wollen mit unserem Schreiben über einige Mißstände in der hiesigen Einrichtung berichten.

Das Haus 7 ist innerhalb des Maßregelvollzuges von Hadamar das Sanktionshaus-und Aufnahmehaus.Man könnte es gewissermaßen als Arrestvollzug bezeichnen,jedoch kann solch ein Arrest hier bis zu 8 Monate dauern. Im Strafvollzug gibt es für Arreststrafen eine zeitliche Begrenzung,von 14 Tagen bis maximal 4 Wochen,da Arrest als schärfste Sanktionsmaßnahme innerhalb des Strafvollzuges gilt.
Im Maßregelvollzug kann es passieren,daß manche Insassen nur diesen Sanktionsvollzug als 'Normalvollzug' erleben,da sie garnicht erst auf andere Stationen des Maßregelvollzuges verlegt werden,weil sie z.B. nach § 126 a StPO 'einstweilig unterbegracht' sind (= U-Haft im Maßregelvollzug,ohne zeitliche Begrenzung). Oder weil sie die Teilnahme bzw. Unterbringung im Maßregelvollzug für sinnlos halten und es ablehnen,die dortigen Psychospielchen freiwillig mitzumachen. Die Unterbringung im Maßregelvollzug erfolgt nur auf richterliche Weisung,ist also eine Zwangsmaßnahme der Justiz. Eine Entlassung oder Verlegung hängt ebenfalls von einer richterlichen Entscheidung ab,wobei auch die Staatsanwaltschaft mitzureden hat. Nach außen hin wird der Maßregelvollzug zwar als Krankenhaus (Psychiatrie) dargestellt,jedoch ist der Gefängnischarakter für die Insassen täglich spürbar.
Im Haus 7 gibt es dreifach vergitterte Fenster,Einzellzellen (mit eingebauter Toilette und Waschbecken,sowie Lichtschalter in der Zelle und eine Anlage zum gemeinschaftlichen Rundfunkprogramm,die um 23 Uhr ausgeschaltet wird und morgends nach 7 wieder eingeschaltet wird).Dafür gibt es jedoch keinerlei Fernsehmöglichkeiten,keine Sport-oder Freizeitangebote,keine Beschäftigungs-bzw. Arbeitsmöglichkeiten.

Konkret sieht es also so aus,daß täglich 23 Stunden-Zelleneinschluß praktiziert wird. Privattelefonate sind grundsätzlich nicht möglich. Besuche gibt es nach genehmigtem Antrag allerhöchstens 1 mal im Monat, im Beisein eines 'Pflegers',der alles optisch und akustisch überwacht, sowie nach vorherigen ~~vorherigen~~ Kleider - und Körperkontrollen der BesucherInnen,sofern diese angeordnet werden.

Die Freistunde wird in jeweils 2 x 3o Minuten vormittags und nachmittags durchgeführt,in einem kleinen Hof,der von hohen Zäunen und Unmengen Natodraht umgeben ist,und jeweils nur zu zweit,natürlich mit Bewachung.
Es gibt keine Paketempfangsmöglichkeiten,da Pakete hier generell aus sog. Sicherheitsgründen verboten werden,da trifft auch auf Bücherpakete zu.

Insgesamt gibt es im Haus 7 zehn Einzelzellen.
Im sogenannten Tagesraum,in dem die Anwaltsbesuche durchgeführt werden,gibt es eine kleine Bücherei,die etwa 15o alte Bücher enthält, (1945 - 195o)(die Reichspropaganda lebt weiter),was darauf hinausläuft,daß die Insassen hier sogar kopfmäßig isoliert werden.
Bei den Essensausgaben gibt es keinerlei Gewürze,also weder Salz noch Zucker oder andere,sie können auch nicht über den Einkauf bezogen werden, da der Einkauf für das Haus 7 ausschließlich im anstaltseigenen Kiosk -durch 'Pflegepersonal' getätigt wird. Dieser Kiosk hat nur ein begrenztes Warensortiment,jedoch überteuerte Preise,wie man es in anderen Krankenhäusern vergleichen kann.
Beim Einkauf gibt es weder Postkarten,noch ausreichende Schreibutensilien (z.B. Kohlepapier,spezielles Schreibpapier);Toilettenartikel sind eh nur sehr begrenzt gestattet;Zahnpasta,Seife,Shampoo (und dann bekommt man noch nicht einmal das,was man will,sondern das,was der Kioskbesitzer gerade auf Lager hat.)



Briefmarken kann man nur von der Sorte zu 1.-DM bestellen,andere Briefmarkensorten gibt es nicht.
Der Besitz von Briefmarken wird verboten,sie werden vom 'Personal' verwahrt,die dann die Frankierung unserer Post vornehmen,als ob wir dazu selbst nicht in der Lage wären.
Die Benutzung von eigenen Rasierapparaten (Nassrasier) ist verboten, stattdessen müssen sich alle Insassen gemeinsam einen Stations-Elektrorasierapparat teilen,der nach mehrfacher Benutzung total stumpf ist, so daß jede Rasur damit eine Tortur ist.
Unsere Hinweise,daß durch diese gemeinsame Benutzung eines Rasierapparates bakterielle Ansteckungsgefahren,so wie Aidsrisiken gefördert werden,und daß das zudem auch außerordentlich unhygienisch ist,werden einfach ignoriert. Wenn hier mal jemand mit einer ansteckenden Hauterkrankung eingeliefert wird,läßt sich eine Ausweitung bzw. Ansteckung nicht vermeiden.
Das es hier auch HIV-Positive Untergebrachte gibt,könnte jede Verletzung mit dem stumpfen Rasierapparat zum Aidsrisiko werden.
So etwas gibt es nicht mal im Knast. Wir leben hier in einem rechtlosen Raum.
Da unsere ein-und ausgehenden Briefe kontrolliert werden,mußten wir schon mehrfach erleben,daß unsere kritischen Schreiben nicht weitergeleitet wurden und es zu anschließenden Androhungen von Repressalien kam. Wer sich hier gegen die Mißstände auflehnt,muß mit allen möglichen Repressalien rechnen,die über Zwangsmaßnahmen,wie Fesselung,Abspritzen mit Psychopharmakas (was gerne angewandt wird,auch als sog. Normalbehandlungsmethode)auch mit längerem Aufenthalt im Haus 7 und mit zeitweilige Verlegungen in eine Videoüberwachte Sonderzelle 'geahndet' werden...!!!
Die hiesigen Verwahrbedingungen sind für uns eine andere Form von Psychofolter , zumal es keinerlei Beschäftigungsmöglichkeiten oder sonstige Abwechslungen gibt.
Es gibt im Tagesraum zwar einen Fernsehen,der jedoch erst nach 4 Wochen Aufenthalt -und dann nur jeweils von einem einzelnen Insassen pro Woche einmal für 2 Stunden vormittags benutzt werden darf. Es kann nur 1 Programm empfangen werden.

Während den Freistundenzeiten werden gerne die Zellen gefilzt. Wer kein Eigengeld hat,darf nicht einmal mit seinem Anwalt telefonieren, da das Taschengeld,das man hier bekommt, vom Personal eingeteilt und der Verwendungszweck vorgeschrieben wird.

Fpr die diesjährigen Wahlen wurden in der gesamten Anstalt keine Informationen oder Briefwahlmöglichkeiten geschaffen,so daß die wahlberechtigten InsassenInnen dieser Anstalt nicht wählen können. Wenn das auch in anderen Psychiatrien bzw. Maßregelvollzugsanstalten der Fall ist, werden zig Tausend Wählerstimmen nicht berücksichtigt.

Diesen Brief müssen wir rausschmuggeln bzw. über Umwege versenden, da er sonst die hiesige Knastzensur nicht bestehen würde.

Dieser Brief wird von allen 1o Insassen des Haus 7 mitgetragen, jedoch wollen wir die Namen nicht erwähnen,um niemandem zu schaden.

gezeichnet, Henry Förster

z.Zt. Mönchsberg 8 - Haus 7
6253 Hadamar

Ps. Feuerzeuge werden abgenommen, sind verboten (ohne Begründung), stattdessen müssen Streichhölzer a 0,10.- DM pro Schachtel vom Pflegepersonal gekauft werden... ohne Kommentar.

Frauen in Algerien

Dieser Brief von algerischen Frauen erreichte uns mit der Bitte, ihn zu veröffentlichen, um die Situation der Frauen in Algerien bekannter zu machen.
Wegen der schlechten Kopie wurde er nocheinmal abgetippt. Dabei wurde er allerdings in der teilweise etwas holprigen Ausdrucksweise (aus dem Französischen übersetzt) belassen.



BERICHT VON ALGERISCHEN FRAUEN

-- Algerien, Juni 1990: die Partei der F.I.S. (Front Islamique du Salut) gewinnt die Gemeindewahl mit 58% der Stimmen bei 60% Wahlbeteiligung — dies war möglich durch einen großen Wahlbetrug, genau wie bei der F.L.N. in den vergangenen Jahren. (F.L.N. = Einheitspartei in Algerien seit 1962)

-- Algerien, Juli 1990: der Präsident der Republik, Chadli Benjedid, kündigt an, daß im 1. Vierteljahr 1991 Parlamentswahlen stattfinden werden...

Damit die F.I.S. zufrieden ist? Ist diese Entscheidung, die Parlamentswahlen vorzuverlegen, ein Sieg für die F.I.S.? - Heute können wir keine genaue Antwort geben.
In dieser Gemeindewahl ist der Sieg der F.I.S. relativ:
40% des Volkes haben nicht gewählt, das heißt, in Wirklichkeit hat die F.I.S. nur 30% der Stimmen in ganz Algerien gewonnen.
Aber was können wir denken über eine Situation, in der die Islamische Bewegung um jeden Preis ein Programm durchsetzen will, das seinen Ursprung in "la Charia" (islam. Gesetz aus dem Koran) hat? Dieses Programm macht keine klaren Aussagen zu den politischen, ökonomischen und sozialen Fragen, wohl aber zur "Reinigung der Gesellschaft", unter anderem: zur Rolle der Frauen.

In diesem Land steht in der Verfassung das antagonistische Prinzip zwischen "Islam, Staat, Religion" und "Gleichheit der Bürger und Bürgerinnen in ihren Rechten". In der Schule wird die Erziehung immer mehr religiös beeinflußt, sowohl die Strukturen, als auch die Inhalte. Zusätzlich hat die Regierung ein Gesetz erlassen: das "Familien-Gesetzbuch", das rückschrittlichste Gesetz im Maghreb (1983). Der entmündigte Status der Frau ist darin festgeschrieben.

In so einer Situation sind und werden die Frauen immer in erster Linie betroffen sein, wie jetzt die algerischen Frauen von der politischen Entwicklung in Algerien - Auf der einen Seite eine frauenfeindliche Regierung, auf der anderen Seite eine islamische Partei, die nur Haß und Mißtrauen gegen Frauen hat; das müssen die algerischen Frauen alltäglich ertragen.

- Im Winter 1988 sind die Oppositionsparteien und die Frauenvereine legalisiert worden (Frauenvereine und nicht feministische Vereine, weil die meisten Frauen akzeptieren sich nicht als Feministinnen)

(hintergrundshinweis der tipperin: 1988, im spätsommer/herbst, hat es einen aufstand im norden algeriens gegeben, der vor allem von jüngeren leuten ausging, und sich bis in die nördliche sahara ausgebreitet hat. er richtete sich gegen die sozialistische zentralplanung der wirtschaft und die daraus folgende fehlversorgung mit grundlebensmitteln. der aufstand wurde militärisch niedergeschlagen (offiziell 500 tote!). daraufhin hat sich der algerische präsident benjedid auf reformankündigungen und eine kabinettsumbildung einge-

lassen, da er die innenpolitische situation nicht allein militärisch bewältigen konnte. zu diesen "reformen" gehörte auch die legalisierung von oppositionsparteien und frauenvereinen)

Seitdem wächst die Frauenfeindlichkeit immer mehr an, auch weil sich die Frauen organisieren und eine wirkliche Stärke werden in der algerischen Politik.

Diese Aggressivität äußert sich besonders in den religiöseren Vierteln, wo es viele Moscheen gibt. Und zwar frauenfeindliche Hetzreden wie:
"Die Frau ist die Inkarnation des Teufels"
"Man muß die Frau jeden Tag schlagen, 7 Jahre lang, damit sie den "hidjab" (Schleier) trägt."
"Der Platz der Frau ist zuhause bei den Kindern und ihrem Mann"
"Die Frau ist die Quelle von Unzucht und Unmoral"
etc.......

Diese Aggressivität äußert sich auch in den Immams(Priester)-Reden, welche die Leute überall auf Cassetten kaufen können. Auch in den staatlichen Schulen: sie werden immer weniger gemischt, wo die Mädchen sich schuldig fühlen sollen, weil sie eigentlich zuhause bleiben und freie Plätze für die Jungen machen sollen...
Die sexistische Basis ist sowieso besonders stark in unserer Gesellschaft.
Dadurch wird dieser kleine Frauenraum, wofür sie so lange gekämpft haben (25 Jahre), wieder kleiner und kleiner --- z.B. die Schleier gab es fast nicht mehr, jetzt tragen die Hälfte der Frauen wieder Schleier. Arbeiten war möglich für nur 8% der aktiven Frauenbevölkerung, jetzt sollen sie diese Plätze frei machen wegen der Männerarbeitslosigkeit.

Dagegen probieren die Frauen, Widerstand zu leisten in den verschiedenen Vereinen, die sich in den letzten 2 Jahren gegründet haben (17 im ganzen Land).
Diese Vereine wollen die Aufhebung von dem "Familiengesetzbuch" und eine Veränderung der Mentalität. Sie haben sich gegründet, um gegen Aggressionen der Regierung und der F.I.S. zu protestieren und zu agieren - wobei sie fast keine Mittel und Möglichkeiten zur politischen Arbeit haben.

Am 8. März 1990 (dem internationalen Frauen- und Lesbenkampftag) sind fast 20.000 Frauen auf die Straße gegangen und haben demonstriert, z.B.
- gegen Brandanschläge auf Häuser, in denen alleinstehende Frauen (Geschiedene, Witwen etc...) leben,
- gegen das Wahlgesetzbuch, das den Männern 4 Stimmen gibt zu wählen, anstelle seiner Frau, Mutter, Schwester etc....

In dieser Situation denken viele Frauen, daß bis jetzt viel zu wenig gemacht worden ist. Nur eine nationale Organisation könnte den algerischen Frauen helfen, nicht mehr isoliert zu sein, besonders wenn sie auf dem Land wohnen, und könnte auch eine tiefgehende Arbeit ermöglichen mit den Hausfrauen, Analphabetinnen, etc...
In diese Blickrichtung organisieren die Frauenvereine große Treffen für Ende 90.

Trotz einigen Eigenheiten muß der Kampf der algerischen Frauen unbedingt integriert sein in den Internationalen Frauenkampf.
Deswegen schlagen wir vor, den Aufbau eines großen Informationsnetzes, und konkrete Aktionen, um die kulturelle, religiöse und nationale Grenze zu überschreiten, und um stärker zu werden in dem gemeinsamen Kampf gegen alle Ausbeutung und Unterdrückungsformen gegen Frauen.

Infos über: ZARMAZONE
2 bis passage Gauthier
75019 Paris

Swing -autonomes Rhein-Main Info, November 1990

Spendet für den Nationalen Befreiungskampf Kurdistans!

Kurdistan liegt im Mittleren Osten. Mit seinen 550000 Quadratkilometern verbindet es die Kontinente Asien, Afrika und Europa. Kurdistan hat zahlreiche Rohstoffe. Im vom Irak besetzten Teil z.B. liegen die reichen Ölquellen von Mossul und Kirkuk. Im Nordwesten Kurdistans entspringen Euphrat und Tigris. Mit 25 Millionen Menschen bilden die Kurden die drittgrößte Nation im Mittleren Osten. Kurdistan ist von vier Kolonialmächten besetzt (der Türkei, Iran, Irak und Syrien). Im Nordwesten herrscht die Türkei über 14 Millionen Kurden.

Schon lange kämpft das kurdische Volk gegen seine Kolonialherrscher. Mehrfach wurden in diesem Jahrhundert kurdische Aufstände mit großer Grausamkeit von den Kolonialmächten niedergeschlagen. In dem von der Türkei besetzten Teil Kurdistans entwickelt sich dagegen seit 1984 ein Guerillakrieg unter Führung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) und der Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK). Ziel dieses Kampfes ist die nationale Befreiung Kurdistans, Unabhängigkeit und Demokratie.

Dieser Kampf ist gerecht. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat schon 1970 das Recht eines jeden Volkes anerkannt, mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, gegen kolonialistische Unterdrückung zu kämpfen.

Dieser nationale Befreiungskampf des kurdischen Volkes nimmt in letzter Zeit einen für alle sichtbaren Aufschwung. Im März dieses Jahres, insbesondere während des kurdischen Widerstandsfestes NEWROZ, beteiligten sich fast eine Million Menschen in den von der Türkei besetzten Gebieten an Protesten und Widerstandsaktionen gegen die türkische Kolonialmacht. Auch der bewaffnete Widerstand gegen die Kolonialmacht wird immer stärker.

Gegen diesen Befreiungskampf geht die türkische Kolonialmacht mit großer Grausamkeit vor. Türkische Truppen schießen auf demonstrierende Kurden mit scharfer Munition. Berüchtigte Spezialkommandos, sogenannte „Rambos", deren Offiziere in der BRD ausgebildet wurden, terrorisieren die Bevölkerung, ermorden Verdächtige. Tausende von Kurden sind in türkischer Haft, viele von ihnen werden gefoltert. Ganze Dörfer werden von der Kolonialmacht gewaltsam deportiert, um den Befreiungskampf zu zerschlagen. Weltweit bekannt geworden ist der furchtbare Giftgasangriff des Irak gegen Kurden in Halabca 1988. Dabei kamen 5000 Menschen, darunter zahlreiche Frauen und Kinder, ums Leben. Auch die türkische Armee setzt Giftgas und Napalm gegen die kurdische Bevölkerung ein.

Die BRD unterstützt den türkischen Kolonialkrieg finanziell und materiell. Türkische Offiziere und Polizeibeamte werden in der BRD im Rahmen der „Türkeihilfe" ausgebildet. Gleichzeitig verfolgt die BRD Kurden, die in der BRD den Befreiungskampf durch Informationsarbeit, Spendensammlungen u.ä. unterstützen. Ein Beispiel dafür ist der „Kurdenprozeß" vor dem OLG Düsseldorf.

Spendet für die politischen Gefangenen

In den Gefängnissen der Türkei sind über zehntausend Kurden inhaftiert. Sie sind zum Tode, zu lebenslanger oder mehrjähriger Haft verurteilt. Damit

- **den Gefangenen**
- **ihren Angehörigen**
- **ihren Kindern**
- **ihren Anwälten**

die sich zum Teil in elendestem Zustand befinden, geholfen werden kann, ist dringend Unterstützung und finanzielle Hilfe erforderlich.

Spendet für die Befreiungskämpfer

Die Peshmerga (Befreiungskämpfer) der Volksbefreiungsarmee Kurdistans führen unter schwierigsten Bedingungen, schlechtesten klimatischen Voraussetzungen und mit geringer Ausrüstung einen Kampf für Gerechtigkeit, Freiheit und Unabhängigkeit. Damit sie die notwendigen

- **Waffen**
- **Medikamente**
- **Bekleidung**
- **Lebensmittel**
- **Schlafsäcke, Schreibmaterial etc.**

bekommen, ist ebenfalls finanzielle Unterstützung notwendig.

Spendet für die Ausbildung kurdischer Kinder

Die Kolonialmächte in Kurdistan, insbesondere die Türkei, verweigern den kurdischen Kindern jede Ausbildung in ihrer Sprache. Viele Kinder sind zudem durch die Deportationen in Lagern eingesperrt. Die Nationale Befreiungsfront Kurdistans bemüht sich um die Ausbildung dieser Kinder.

Spendet für die Opfer des staatlichen Terrors

Die Familien der gefallenen oder gefangenen Peshmergas müssen versorgt werden. Viele Kurden sind durch den Terror der Kolonialmacht dauernd behindert, krank, nicht mehr arbeitsfähig. Auch sie müssen versorgt und unterstützt werden.

Spendenkonto:

Beate Berg (Kontoinhaberin), Hamburger Sparkasse, Konto-Nr. 1042802221, Bankleitzahl 20050550

Dieser Aufruf wird gemeinsam getragen von der Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereine in der BRD e.V. (Feyka Kurdistan, Anschrift: Max-Str. 50-52, 5300 Bonn) und dem Koordinationsausschuß der Kurdistan-Solidaritätsgruppen in der BRD (Anschrift: Kurdistan Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1.)

V.i.S.d.P. R. Lötzer, c/o GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1


FILM
Die Töchter der Zelte
In der Wüste von Mali begegnen sich zwei Tuareg-Frauen, Anna, die vor vielen Jahren nach Süden in die Hauptstadt Bamako gezogen ist und ihre Mutter, die trotz Dürre und Hunger ihr Leben als Nomadin nicht aufgibt. In den Gesprächen werden unterschiedliche Vorstellungen deutlich: die Vorzüge des Stadt- gegenüber denen des Landlebens, das Bemühen, am Hergebrachten festzuhalten und die traditionelle Stärkeder Frauen zu bewahren.
(Video, BRD 1990, ca. 45 Min.)
TUAREG
VORTRAG + DISKUSSION
Ende Juni dieses Jahres kommt es zu einer bewaffneten Rebellion der Tuareg im Norden Malis. Schon im Frühjahr gab es erste Proteste der Tuareg in Niger. Nach dem Muster kolonialer Aufstandsbekämpfung reagieren die Regierungen von Mali und Niger darauf mit Verhaftungen, Erschießungen, Folter und Repression. In beiden Ländern werden mehrere hundert Menschen getötet. Der Auslöser und wichtigste Grund für die Rebellion gegen die jeweiligen Regierungen ist sicherlich die Rückkehr Tausender von Arbeitsmigranten und Dürreflüchtlingen aus Libyen und besonders Algerien.
Veranstalterinnen:
BUCHLADEN SCHWARZE RISSE
BabyLONiA
Im Kerngehäuse · Cuvrystraße 20 · 1000 Berlin 36
(030) 6116089
ORT: Babylonia
Cuvrystr. 23
ZEIT: 7. Dez., 19.30 Uhr
Westsahara
MAURETANIEN
BURKINA
ELFENBEIN-
Sevilla
Córdoba
Granada
Sardinien
Tamanrasset
Timbuktu

Hundeleben

Literarische Einmischungen eines Tupamaros

Dieser Kongreß führt uns unter dem vielsagenden Titel „Kultur und Widerstand" zusammen. Auf Vorschlag seiner Organisatoren und Organisatorinnen ist mir dabei die Aufgabe zugedacht worden, mein Schicksal als 13 Jahre lang eingekerkerter Schriftsteller zum Thema zu machen. Mit meinem Vortrag denke ich denn auch lediglich über einen Aspekt der Kultur und ebenso des Widerstandes in einer besonderen, konkreten Situation nach, die jedoch in gewisser Weise einen gemeinsamen Nenner für Lateinamerika und die gesamte Dritte Welt darstellt, ohne die Erste und Zweite Welt dabei auszuklammern.

Es gibt ein interessantes Phänomen, das im Lauf der Zeit in allen Gefängnissen der Welt immer wieder aufgetreten ist. Ich spreche von den Gefängnissen, in denen die sogenannten „gewöhnlichen" Gefangenen inhaftiert sind. In Uruguay bezeichnen wir sie als „soziale Gefangene". Gefängnisse für die von der Gesellschaft marginalisierten Menschen, die im Euphemismus der Polizeiberichte als „Freunde fremden Gutes" bezeichnet werden, auf gut Deutsch als Spitzbuben, Taschendiebe, Räuber. Es sind diejenigen, die sich in gewisser Weise und ohne sich dessen bewußt zu sein das Konzept zu eigen gemacht haben, das besagt: „Eigentum ist Diebstahl". Sich fremdes Gut anzueignen bedeutet also, den Dieb zu bestehlen; oder, wie es der Bandit von Bertolt Brecht ausdrückt: „Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?"

Das Interessante an dieser Kategorie von Gefangenen ist die Tatsache, daß sie eine eigene Sprache entwickeln, eine Sprache, die für die Gefangenen verständlich ist, nicht aber für ihre Aufseher. Am Río de la Plata heißt dieser Jargon „lunfardo". Aber zum Beispiel im 16. Jahrhundert machte Cervantes während seiner Zeit im Gefängnis ähnliche Beobachtungen über die Kerkersprache. Im damaligen Spanien wurde sie als „germanía" bezeichnet.

Diese kollektive Entwicklung einer Sprache ist meiner Ansicht nach ein kultureller Vorgang und auch ein Akt des Widerstandes. Die überwachten Gefangenen haben das Bedürfnis, daß ihre Redensarten von ihren Aufsehern nicht verstanden werden, und sie entwickeln eine Sprache der verschlüsselten Kommunikation, die nur sie allein verstehen. Es ist eine reichhaltige Sprache, deren Ausdrücke häufig in die Umgangssprache eingehen und letztendlich den Wortschatz der Königlichen Akademie für die Spanische Sprache bereichern. Nehmen wir ein Beispiel: In diesem Milieu heißt die Uhr „bobo", zu deutsch „Einfaltspinsel", und die Uhr wird als „bobo" bezeichnet, weil sie Tag und Nacht für einen Herrn arbeitet, der nichts weiter tut, als sie aufzuziehen.

In den politischen Gefängnissen entwickeln die Formen von Kultur und Widerstand, oder besser gesagt, von einer Kultur des Widerstandes, andere Varianten. Der Aufseher – und unter die Rubrik des Aufsehers fällt die Regierung, die die Normen diktiert, ebenso wie der Folteroffizier – ist dort gleichermaßen brutal, oder aber noch brutaler. In den politischen Gefängnissen Uruguays war es den Gefangenen nicht gestattet, sich zu grüßen. „Guten Tag" zu sagen oder „hallo" wurde streng bestraft. Dies gehörte zu einer Politik der Entmenschlichung. Der Gruß ist dem Menschen wesenseigen. Kühe grüßen sich nicht, wenn sie sich auf der Weide begegnen. Die politische Repression zielt also darauf ab, den Gefangenen durch Isolation und Schweigen zum Tier zu machen. Genauso wie den Menschen, oder aber noch mehr, fürchten sie sein Wort.

Doch Gefangene – und hier können wir erneut Cervantes zitieren –„besitzen die Fähigkeit zu erfinden, was auf der Landkarte nicht existiert". So entstand ein vereinbartes Kommunikationssystem mit Hilfe von Gesten: Sich mit der Hand über den kahlgeschorenen Kopf zu streichen und mit den Fingern darauf zu trommeln, bedeutete „hallo". Sich mit Zeigefinger und Daumen wie zum Schneuzen unter die Nase zu fassen, hieß „es geht mir gut". Wenn man sich mit den Fingernägeln über die Wange fuhr, als wollte man sich kratzen, dann bedeutete dies „Es geht mir schlecht". Mit der Verurteilung zu einem Taubstummendasein kam auch die Taubstummensprache zur Anwendung.

Ich erinnere mich noch an ein Wiedersehen aus der Ferne mit einem engen Freund und Genossen, mit dem wir 13 Jahre im Gefängnis saßen, ohne uns sehen oder miteinander sprechen zu können. Wie alle anderen war auch er geschunden worden, und er litt zudem an einer Krebskrankheit. Sie hatten ihm den Kopf aufgemeißelt, um den Tumor zu entfernen. Der Arzt, ein Mann aus der Schule Mengeles, hatte zu ihm gesagt: „Aus euch hätten wir Seife machen sollen!" Eine riesige Narbe verlief quer über seinen Schädel. Er war eine der neun Geiseln, und er starb im Knast. An diese flüchtige Begegnung mit Alfonso Wasem, den wir „El Nepo" nannten, erinnert das folgende Gedicht:

Wir sahen uns aus der Ferne
ohne miteinander sprechen zu können
nur dieses Zeichen für „gut"
sprichwörtlich geworden durch häufigen Gebrauch
„gut, Bruder, gut" sagte er
mit dem Tod auf den Lippen
„gut, Bruder, gut". Adiós.

Uruguay ist das Land mit dem höchsten Prozentsatz an politischen Gefangenen. Jeder 54. Bürger hat Gefängnis und Folter erlebt. Ziel der Repression war es, das soziale Wesen des Individuums zu zerstören. Der Mensch ist ein soziales Tier. Indem man das „Soziale" in ihm auslöschte, blieb nur noch das Tier. Nachdem diese Politik definiert war, setzte die Repression jedes erdenkliche Instrumentarium ein: Sie schotteten den Gefangenen von der Außenwelt ab (in die Gefängnisse gelangte nicht die geringste Information); die wenigen Briefe von Angehörigen wurden streng zensiert oder abgefangen. Die Aufseher des Gefangenen waren dieselben, die ihn auch gefoltert hatten, die Ärzte und Krankenpfleger waren dieselben, die Militärrichter waren dieselben. Und in den Gefängnissen gab es keinerlei Kontakt zwischen den Gefangenen von Stockwerk zu Stockwerk, von Trakt zu Trakt, von Zelle zu Zelle. Nur eine halbe Stunde pro Tag konnten sie sich sehen und ein paar Worte miteinander wechseln.

Aber selbst das genügte noch nicht: Neun Führungskader der Nationalen Befreiungsbewegung Tupamaros wurden damals aus diesen Gefängnissen verschleppt und Sonderhaftbedingungen unterworfen. Sie sperrten uns in Bunker von einem mal zwei Metern ohne jegliches Mobiliar. Meist gaben sie uns kein Wasser, und wir tranken unseren eigenen Urin. Das Essen war äußerst kärglich, und so kauten wir Toilettenpapier, ernährten uns von Insekten. Elf Jahre, sechs Monate und sieben Tage lang bekamen wir weder uns noch die Sonne zu Gesicht. Wir hatten nichts zu lesen, und wir durften nicht schreiben. Bei den Vereinten Nationen wurde das Ziel dieser Haftbedingungen von Amnesty International angeprangert, und zwar unter Berufung auf den bekannten Satz des für unsere Verschleppung verantwortlichen Obersten: „Da wir sie bei ihrer Verhaftung schon nicht töten durften, werden wir sie in den Wahnsinn treiben." Einer von uns neun starb, zwei wurden wahnsinnig.

Unter solchen Bedingungen war es schwierig, eine gemeinsame Verständigungsebene zu finden. Die Zeichensprache war nicht brauchbar, und auch nicht der „lunfardo", der Universalcode des Gefangenen. Wir schufen uns jedoch Hilfsmittel, die auf der Landkarte nicht existierten. Über ein Jahrzehnt war ich durch eine Mauer von einer der anderen Geiseln getrennt, von meinem Genossen Fernández Huidobro, mit dem ich ohne einen zuvor vereinbarten Code die

Morsezeichen wiederentdeckte. Zehn Jahre lang haben wir uns durch heimliche Klopfzeichen mit den Fingerknöcheln verständigt.

In der Weltliteratur gibt es dafür einige Vorbilder: Der Graf von Montecristo teilte sich auf diese Weise mit und in Sibirien die Hauptfiguren der „Auferstehung" von Tolstoi.

Klopfzeichen für Klopfzeichen machten wir Pläne, erzählten uns aus unserem Leben, übermittelten uns Gedanken, traurige Momente, Gedichte. Unter den 40.000 Menschen, die die uruguayischen Gefängnisse durchlaufen haben, hat es keinen einzigen gegeben, der nicht ein Gedicht als Zeichen hinterlassen hätte. Gedichte und Lieder waren ein Akt des Widerstandes, der Bestätigung unseres Wesens als Mensch gegenüber einer Repression, die versuchte, uns auf das Niveau von Tieren herunterzudrücken. Widerstand leisten hieß also einfach, in Menschenwürde zu leben. Ihr Sieg lag darin, uns in den Wahnsinn zu treiben, in ein vertiertes Dasein, in den Tod; unserer hingegen darin zu überleben, jedoch nicht um jeden Preis, nicht auf allen Vieren. Mit Würde zu überleben, aufrecht.

Die Bedingungen gestalteten sich jedoch so, daß ich irgendwann den vernünftigen Wunsch verspürte, ein Hund zu sein und wie ein Hund behandelt zu werden. Ich stellte einen entsprechenden Antrag bei den militärischen Oberbefehlshabern.

Es war in einer Einheit der Kavallerie an der Grenze zu Brasilien. In der Nähe unseres Zellentraktes – wir bezeichneten ihn als Gruft – hatte das Regiment seinen Zwinger, in dem sie Hunde züchteten und abrichteten. Jeden Morgen drang das freudige Gebell der Tiere an mein Ohr. Um diese Zeit bekamen sie eine volle Essensration – wir nicht. Sie lebten zusammen in ihren jeweiligen geräumigen Käfigen, Tiere unter ihren Artgenossen – wir nicht. Sie durften jaulen, ohne unterdrückt zu werden – für uns herrschte einzig das Gesetz des Schweigens. Sie hatten Bewegung, tollten über die Felder, hatten Auslauf – uns verblieb nur die ewige Bewegungslosigkeit. Wie sollten wir uns also nicht danach sehnen, wie sie behandelt zu werden? Wie sollten wir uns nicht wünschen, wenigstens wie Hunde betrachtet zu werden?

Mein Antrag hatte keinen Erfolg. Ich hatte zuviel verlangt und mußte zur Strafe tagelang stehen.

Und heute denke ich an die Gefangenen, die unter ähnlichen Bedingungen in allen Gefängnissen der Welt leben, in dieser Hemisphäre und in der südlichen Hemisphäre. Wenn ich an sie und ihre Lage denke, dann gelange ich zu dem brutalen Paradox zu wünschen, daß Organisationen wie das Internationale Rote Kreuz, Amnesty und die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in einer Erklärung über die Rechte des Gefangenen als oberstes Gesetz festschreiben, daß er von seinem Aufseher zumindest wie ein Hund behandelt werden muß. Das wäre menschlicher.

Für diese Menschen, Brüder und Schwestern hinter Gittern, wo immer sie auch sein mögen, für diese Menschen, die aus Liebe und sozialer Solidarität ihre Überzeugung zu einer Waffe gemacht haben, für diejenigen, die heute Widerstand leisten für das Leben und die Kultur, die einzige reale Grenze, das einzige Kriterium, das den Menschen vom Tier unterscheidet, für diese Menschen sage ich, daß man sie in ihrem Wesen als Mensch nicht wird brechen können.

Auszug aus: Mauricio Rosencof
HUNDELEBEN
Verlag Libertäre Assoziation
96 Seiten, 12 DM



Mauricio Rosencof / Eleuterio Fernández Huidobro

Memorias del Calabozo

– Erinnerungen aus dem Verlies –

„Dieses Buch feiert einen Sieg der menschlichen Sprache. Mauricio Rosencof und Fernández Huidobro rufen auf diesen Seiten ihre Erfahrungen in jenem Reich der Stille und des Terrors wach. Sie erzählen, wie sie, 'diesem Leben verhaftet wie der Efeu' ihre Würde als Menschen vor einem System retten konnten, das sie in den Wahnsinn treiben und in leblose Dinge verwandeln wollte" (aus dem Vorwort von Eduardo Galeano).

in den nächsten Tagen erscheint das Buch ebenfalls im Verlag Libertäre Assoziation es hat rund 400 Seiten und kostet ca, 30DM



Eine subjektive Auswahl von Berichten aus einer linken baskischen Tageszeitung - herausgepickt und übersetzt vom ÜbersetzerInnenkollektiv Nürnberg.

Chronologie der Egin-Berichterstattung zum Hungerstreik von GRAPO und PCE(r) im Sep./Okt.'90

7.9.: Tagesthema ist die Zündung dreier Bomben in Madrid durch die GRAPO. Die Anschläge gegen Börse, Wirtschaftsministerium und Verfassungsgericht verursachen grossen Sachschaden, elf Menschen werden durch Schnittwunden leicht verletzt. Es war der zehnte Jahrestag des Todes von José España Vivas während eines Polizeiverhörs in Madrid und der neunte Todestag von Enrique Cerdán Calixto, der bei einer Schießerei mit der Polizei in Barcelona umkam. Anschließend behauptet die Polizei, anhand der automatischen Videoaufnahmen, die am Eingang des Verfassungsgerichts gemacht werden, die Frau identifiziert zu haben, die dort die Bombe gelegt hat.

11.9.: Zwei große und zwei Kurzberichte: In Barcelona haben sich zwei Männer im Sitz der Sozialistischen Partei Kataloniens als GRAPO-Mitglieder zu erkennen gegeben und angekündigt, daß in Kürze dort eine Bombe hochgehen werde. Das Gebäude wurde evakuiert. Eine Viertelstunde später wurde das Erdgeschoss durch die Bombe zerstört. Der zweite Bericht geht über die immernoch andauernden Löscharbeiten bei der Firma Repsol Petroleo in Tarragona. Das Feuer war bereits zwei Tage vorher durch zwei Bomben an Ölleitungen ausgebrochen. Ein anonymer Anrufer übernahm im Namen von GRAPO die Verantwortung für beide Anschläge. Der eine Kurzbericht geht über die Besetzung der spanischen Botschaft in Kopenhagen durch sieben Dänen und drei Däninnen, die nach kurzer Zeit durch die Polizei geräumt wurden, der andere über ein Kommuniqué der Angehörigen und FreundInnen der Gefangenen aus der GRAPO, in dem sie"die Solidarität aller erbitten", um "dem Leiden unserer Kinder" ein Ende setzen zu können.

18.9.: In einem Schreiben an die Egin zu den fünf Anschlägen zwischen dem 6. und 10.9. schreibt das Zentralkommando der GRAPO, daß diese nur ein Hinweis gewesen seien auf die Handlungsfähigkeit der Organisation und daß ab sofort "die großen ökonomischen und Finanzzentren von Oligarchie und Staat, Energiekonzerne, Kommunikationszentren und -medien und institutionelle Gebäude militärische Ziele" sein werden. Die Kommunikationsmedien werden angeklagt, "die lange Agonie, die unsere gefangenen Genossen durchmachen, die seit fast zehn Monaten im Hungerstreik sind, mit absoluter Stille zu umgeben."

Das Innenministerium stellt die GRAPO-Urheberschaft des Repsol-Anschlags in Frage, ordnet ihn eher der ETA zu. Außerdem dementiert es, daß mithilfe des Videobandes vom Eingang des Verfassungsgerichts eine Frau eindeutig identifiziert wurde.

26.9.: Am 300. Tag des Hungerstreiks wird Rosario Narvaez Ternero, eine Frau aus der GRAPO, wegen Raub mit Körperverletzung verurteilt. Sie erkennt das Gericht nicht an und will mehrmals den Saal verlassen, muß aber bleiben, bis sie von einem Zeugen identifiziert ist. In einer Erklärung bringt sie die Isolationshaftbedingungen, auch gegenüber ihrer Familie, während der 1 1/2-jährigen U-Haft zur Sprache und schildert ihren und den Zustand der anderen hungerstreikenden Frauen aus Carabanchel. Ihre Anwältin bezeichnet das Vorgehen der Regierung gegen die Gefangenen als "faschistische Nazipolitik."

In Gasteiz wird aus Solidarität mit den 40 GRAPO-Gefangenen, die "schon 300 Tage von der faschistischen PSOE-Regierung gefoltert werden", wie ein anonymer Anrufer erklärt, ein Waggon der spanischen Eisenbahngesellschaft Renfe abgefackelt.

28.9.: 4 Hungerstreikende werden aus dem Knastkrankenhaus Carabanchel in verschiedene Knäste verlegt, um "die weitere Zwangsernährung sicherzustellen."

29.9.: Trotz Hinweisen auf im Raum Gijón bevorstehende Anschläge und verschärfter Sicherheitsvorkehrungen gelingt es drei Leuten der GRAPO, in der dortigen Verkehrsdirektion eine Bombe zu zünden, die das Gebäude völlig zerstört. Wieder behauptet die Polizei, die drei, die auch zahlreiche Führerscheinpapiere mitgenommen haben, als bekannte führende Mitglieder von GRAPO identifiziert zu haben. Möglicherweise sei außerhalb des Gebäudes jemand viertes beteiligt gewesen.

6.10.: In Göttingen zerstechen "Symphatisanten der RAF" aus Solidarität mit dem Hungerstreik die Reifen von zehn Autos, besprengen die Karroserien mit Lack. Sie hinterlassen ein Schreiben gezeichnet mit "Comando José Espana Vives" und protestieren auch gegen die Haftbedingungen der RAF-Gefangenen.

20.10.: Die Mütter dreier Gefangener aus der GRAPO wenden sich in Briefen an die Abgeordnete der "Vereinigten Linken", Cristina Almeida und den Uni-Rektor Gustavo Villapalos. Beide hatten sich für die Freilassung von Geiseln im Irak eingesetzt. In den Briefen werden sie gebeten, sich bei der Regierung für die Wiederzusammenlegung einzusetzen.

23.10.: Die AnwältInnen der Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) fordern vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg die Verurteilung des spanischen Staates wegen der Anwendung der Zwangsernährung, die gegen das Verbot der Folter, die freie Meinungsäußerung und die Menschenwürde verstößt.



La huelga de hambre continúa ante la indiferencia del Ministerio de Justicia.

26.10.: Der"Weltinformationsdienst Energie"WISE und die "Ökologiewerkstatt" Taragona wenden sich mit der These an die Öffentlichkeit, das Feuer bei Repsol Petroleo sei wahrscheinlich kein Anschlag, sondern ein Unfall gewesen.

28.10.: In Madrid werden die fünf mutmaßlichen GRAPO-MitgliederInnen María Jesús Romero, Jesús Cela Seoane, Olga Oliveira Alonso, Guillermo Vázquez Bautista und Fernando Silva auf der Straße bzw. in zwei konspirativen Wohnungen festgenommen. In einer Wohnung werden fünf Feuerwaffen und ein großer Geldbetrag gefunden.

29.10.: Die Polizei entdeckt in Madrid eine weitere Wohnung und 1 1/2 Kilo Sprengstoff, zehn Zünder und drei Zeitzünder.

31.10.: Anläßlich des elften abgeschlossenen Monats des Hungerstreiks findet in Madrid eine Kundgebung des Kommitees gegen Folter statt, bei der u.a. die Präsidentin der spanischen Sektion des WeltärztInnenvertandes gegen die Zwangsernährung protestiert.

Kurzmeldungen

Der 1.Strafsenat in Iruñea (Pamplona) verurteilte am 7.11. José Javier Apezetxa zu 6 Monaten und einem Tag Haft wegen Störung der öffentlichen Ordnung. Das Urteil bezieht sich auf die Vorfälle am 22.11.89. Im Zusammenhang mit der Ermordung Josu Muguruzas (WW 37) im Madrider Hotel Alcalá hatte es einen Generalstreik gegeben, in dessen Verlauf einige Madrider Jugendliche eine Barrikade auf einer Landstraße errichteten. Um ca.11 Uhr in der Nacht war eine Gruppe von Guardia Civiles aufgetaucht, bis dahin im Schutz der Dunkelheit versteckt, ging gegen die Ansammlung vor und verhaftete Apezetxa.

Demo wegen des Todes und der evtl Vergewaltigung einer Frau: Die Frauengruppe aus Portugalete bei Donostia und die Frauenorganisation Egizan rufen zu einer Demonstration auf, wegen der Ermordung einer jungen Frau, die einige Tage zuvor tot in einem Park aufgefunden worden war.

Nach einer Demonstration in Bayonne (Frankreich) gegen die ultrarechte Front National am 7.11. sind sieben StudentInnen von der franzözischen Spezialeinheit SID verhaftet worden und nach erkennungsdienstlicher und sonstigen Mißhandlungen 2 Stunden später wieder frei gelassen worden.

Am 9.11. fanden wieder verschiedene Versammlungen für die Amnestie statt: In Bermeo versammelten sich 25 Menschen; in Durango 65, 55 in Soraluze, 25 in Deba, weitere 25 in Tafalla, 25 in Pasaiantxo und 25 in Legazpia. In Deustu waren es 70 Personen und da wurde besonders an Benjamin Cabrera erinnert, der das sechste Jahr im Knast sitzt. Später fand Volxküche Statt. In Irunea (Pamplona) versammeln sich jeden Freitag vor dem Gobierno civil ca.40 Menschen.

Während der alleinigen Anwesenheit der Partei Herri Batasuna erklärte sich Lezo am 9.11. zur "Localidad insumisa", also zur totalverweigernden Stadt. Außerdem gab es einen Aufruf an die 40 Jugendlichen, die am nächsten Tag ausgelost werden sollten, sich zu Verweigerern zu erklären. Außerdem wurde die Freilassung von allen inhaftierten Insumisos gefordert und an jeden Einzelnen ein Solidaritätstelegramm geschickt.



Trotz eines großen Aufgebotes von Guardia Civil gelingt es FreundInnen und Familienangehörigen von Kepa Escudero, ihm am Eingang des Gerichts in Bilbo ein "Abrazo solidario"(wörtl.: Solidarische Umarmung) rüberzubringen.

200 ArbeiterInnen besetzten am 9.11. für 10 Minuten das Basketballfeld in La Casilla, um ihren Forderungen gegenüber der Sozialen Werke BBK nach neuen Tarifabkommen Ausdruck zu verleihen.

Neues gibt es von den BewohnerInnen des Madrider Stadtteils Cerro Belmonte zu berichten, die sich mit vielfältigen Aktionen gegen die Luxussanierung ihres Viertels wehren und gewehrt haben. Mitte des Jahres hatten sie sich für exterritorial erklärt, eine eigene Währung und Hymne eingeführt und eine offizielle Anerkennung der UNO gefordert. Als den ca.150 Familien im Juli verschärft mit der Enteignung gedroht wurde, hatten sie in Cuba um politisches Asyl ersucht. Daraufhin waren 24 von ihnen von Fidel Castro nach Cuba eingeladen worden. Die Gruppe, von ihrer AnwÄltin Esther Castellanos begleitet, verbrachte 10 Tage auf der Insel. Am 11.11. erschien in der kubanischen Parteizeitung "Granma" ein offener Brief von ihnen, in dem sie nochmal ihre große Freude ausdrückten über die "Liebe und das Verständnis", mit dem ihnen in Cuba begegnet worden war.

Politische Gefangene werden im spanischen Staat ständig hin und her verlegt. Fast täglich sind Namen und neue Knäste in der Egin abgedruckt. Oft sind die Bestimmungsorte unbekannt.

Proteste gegen die Verhaftung von Verweigerern: Ca.50 Menschen versammelten sich in der Nacht vom 8.auf den 9.Nov. in Trintxerpe und bemalten die Wände des Casa del pueblo mit Parolen und Bildern gegen die Verhaftung des Insumiso (Verweigerer) Koldo. In Arrigoriaga demonstrierten ca. 200 Menschen gegen die Verhaftung des Insumiso Ballesteros.

ETA-Aktionen im Oktober





FRAUEN UND RASSISMUS

„UND IHR BLEIBT ANGEZOGEN…"

Zu einem Eklat kam es während der Abschlußdiskussion des Kongresses „Frauen gegen Nationalismus/Rassismus/Antisemitismus/Sexismus", der, veranstaltet vom Verein für Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V., vom 16.–18.11. in Köln stattfand.

Voller Empörung verließen alle nicht-weißen und jüdischen Frauen den Saal, da sie sich mit ihrer Wut gegen und Kritik an der Haltung weißer Frauen ihnen gegenüber nicht ernst genommen fühlten.

Bei den Vorwürfen ging es um den Rassismus der „weißen, westlichen, christlichen Frau", auch der Feministin, die sich der ernsthaften Auseinandersetzung mit ihren eigenen rassistischen Anteilen verweigere.

Der Kongreß sei eine bloße Informations- und Weiterbildungsveranstaltung für weiße Frauen, die dadurch mehr über die Thematik erführen, ohne selbst etwas dazu beizusteuern.

„Der Kongreß ist die Fortführung des Ausbeutungsverhältnisses, das sowieso zwischen Weißen und Schwarzen – auch Frauen besteht", lautete die Kritik, „Ihr lernt etwas dazu, fangt an, zu begreifen, weil wir Euch unsere Verletzungen zeigen, weil wir uns offen und verletzbar machen, uns ausziehen. Ihr aber begreift vielleicht ein bißchen und bleibt angezogen."

Das eigene Handeln und Verhalten sei gefragt, denn damit zeige sich die Solidarität, nicht durch endloses Gerede. Privilegien, die weiße Frauen gegenüber schwarzen besäßen, müßten aufgegeben werden, um zu zeigen, daß dieses System nicht unterstützt wird.

Als Konsequenz aus den Erfahrungen während dieses Kongresses soll der nächste Kongreß zum Thema Rassismus ausschließlich von und für schwarze Frauen veranstaltet werden.

Die Frage nach dem Rassismus im eigenen Denken oder genauer im eigenen Unbewußten, in den identitätsbildenden (Un-)Werten unserer (christlichen) Tradition scheint ein sehr großes Tabu zu sein. Die weißen Frauen jedenfalls, die sich in der Abschlußrunde mit diesen Vorwürfen konfrontiert sahen, fanden nur schwer eine Möglichkeit, die Betroffenheit der anderen zunächst einmal anzunehmen, sich damit und mit sich selbst auseinanderzusetzen.

„Ich bin nicht christlich, den Schuh ziehe ich mir nicht an," war beispielsweise eine der Reaktionen auf die gängige Beschreibung der weißen Frauen durch die schwarzen: „weiße, christliche, westliche Frauen".

Daß damit jedoch nicht eine Religionszugehörigkeit gemeint sein konnte, sondern ein ganzes, verinnerlichtes, wenn auch abgelehntes Weltbild, schien frau momentan nicht zu verstehen.

„Meine Reaktion auf Euer Unverständnis ist meine Verweigerung. Ich weigere mich, Euch immer wieder zu erklären, was mich an Eurem Rassismus verletzt und warum Ihr rassistisch seid", erklärte eine schwarze Teilnehmerin.

„Und ich will den nächsten Kongreß zu dem Thema auch nur mit weißen Frauen machen, " reagierte eine weiße Stimme, gefolgt von „Das wirst Du auch müssen!" von Seiten der schwarzen Frauen.

Verhärtete Fronten. Die Debatte erinnert fatal an die Männer-Frauen Debatte am Anfang der Frauenbewegung:

Männer sind keine Frauen und werden den gegen Frauen gerichteten Sexismus nie in seinem ganzen Ausmaß begreifen können. Punkt. Weiße Frauen sind keine schwarzen und werden den gegen nicht-weiße und jüdische Frauen gerichteten Rassismus nie in seinem ganzen Umfang begreifen können. Punkt. In beiden Fällen geht es aber auch um Macht, um Privilegien der einen Gruppe, die sie nur auf Kosten der anderen behalten kann. In beiden Fällen kann es nur darum gehen, die eigenen sexistischen/rassistischen Anteile zu erkennen. Und es geht um die Aufkündigung der Solidarität mit einem stillschweigenden Rassismus, wo immer frau ihn trifft. So wie es die Frauen von fortschrittlichen Männern in puncto Sexismus fordern. Als Anregung zum Weiterdenken könnte der letzte Satz stehen, der laut von einer weißen Teilnehmerin in diesen Räumen gesagt wurde: „Mir ist klar geworden, daß es auch um unsere Privilegien geht, die wir nicht aufgeben wollen."

Maka

AGITARE BENE

VERZWEIFELT GESUCHT

Am 24. Oktober wurden die Räume des Anderen Buchladen auf der Zülpicher Straße und des SSK in der Liebigstraße durchsucht. Die Razzia galt der Zeitschrift „Agitare Bene", als Vorwand diente der berüchtigte § 129a (Unterstützung bzw. Werbung für eine terroristische Vereinigung). Wir sprachen mit zwei Leuten von Agitare Bene über die Hintergründe dieser Aktion und das Selbstverständnis dieser Zeitung.

StadtRevue: *Worum ging es eurer Meinung nach bei den Hausdurchsuchungen?*

Agitare Bene: Wir glauben, daß sie versuchen wollen, die Zeitung ganz zu zerschlagen, indem sie uns isolieren wollen, die Kontaktadressen nehmen und den Verkauf verhindern wollen. Inhaltlich richtete sich der Angriff schwerpunktmäßig gegen organisierten und militanten Widerstand. Und außerdem wollen sie, daß niemand etwas von den Gefangenen mitkriegen soll, was sie denken und wofür sie kämpfen. Besonders haben sie sich auf die Sachen gestürzt, wo es um den Hungestreik in Spanien ging, der am 30.11. seit einem Jahr ununterbrochen geführt wird.

SR: *Könnt ihr noch mal genauer sagen, welche Beiträge der Agitare in den Durchsuchungsbeschlüssen genannt worden sind?*

AB: Da geht es um Artikel zu militanten Aktionen, um Papiere von den Revolutionären Zellen und der RAF, um Bekennerschreiben von unterschiedlichen Gruppen, aber auch z.B. um einen Aufruf zu den phantomenalen Aktionstagen in Hamburg. Da wurde mobilisiert gegen diese Schicki-Micki-Veranstaltungsgebäude, die sie da in den Stadtteil reingeknallt haben. Dann ein Bericht über militanten Häuserkampf und die darauf folgende Massenfestnahme in Groningen, dann Erklärungen von Gefangen hier zum spanischen Hungerstreik und eine Erklärung von zwei Gefangenen aus dem italienischen Gefangenenkollektiv Wotta Sitta.

SR: *Glaubt ihr, daß es gezielt um diese Texte ging, oder war das mehr eine willkürliche Auswahl?*

AB: Ich denke nicht, daß es willkürlich war. In allen kriminalisierten Beiträgen ging es um Politik, die eine grundsätzliche Veränderung der herrschenden Verhältnisse anstrebt.

SR: *Habt ihr eine Erklärung dafür, warum ausgerechnet jetzt diese Durchsuchungen stattgefunden haben?*

AB: Vom genauen Zeitpunkt her kann man eigentlich das schwer sagen. Der Durchsuchungsbeschluß ist schon vom Juli, und erst jetzt hat es die Durchsuchungen gegeben. Wieder einmal wird die Repression verschärft, was zu einen daran liegt, daß sie im großdeutschen Taumel sind und daß sie unsere Freiräume wie die breite Auseinandersetzung in der Zeitung verhindern und zerschlagen wollen, zum anderen, daß wir und die gesamte Linke in der letzten Zeit nicht gerade besonders viel auf die Reihe kriegen. Vor ungefähr einem Monat hat es eine ähnliche Aktion gegeben gegen den „Ausbruch" in Freiburg, eine Zeitung, die wie viele andere nach dem letzten Hungerstreik entstanden sind.

SR: *Gilt das auch für die Agitare Bene?*

AB: Die Agitare Bene ist entstanden aus dem Bedürfnis heraus, Informationen weiterzugeben, die während des Hungerstreiks vermittelt worden sind, über die Szene hinaus. Danach war eben das Bedürfnis da, diese Informationsstruktur nicht aufzugeben, sondern in irgendeiner Form dann möglichst auch weiterzuführen.

AB: Es geht aber eigentlich nicht nur um Informationen, sondern auch um Diskussionen zwischen Leuten aus unterschiedlichen Spektren darüber, wie hier an Aktionen eine linke Kraft entstehen kann. In so ne Richtung.

SR: *Aus den Gründen, die ihr genannt habt, ist ja auch das Angehörigeninfo nach dem Hungerstreik weitergemacht worden. Die Agitare Bene hat doch aber noch andere Schwerpunkte.*

AB: Ja. Und zwar hat sie erstmal den Schwerpunkt, auch unkontrollierte Informationen weiterzugeben, also Diskussionspapiere über linke Politik, revolutionäre Politik.

AB: Und dann sind uns einfach Sachen hier aus der der Stadt wichtig, wo es um die Häuser geht, oder was von Gruppen aus der Stadt oder aus der Region kommt. Internationalistische Politik natürlich auch! Ja klar, und Knast finden wir Scheiße.

SR: *Ihr seid der Meinung, daß dies von anderen Zeitungen in Köln, z.B. der StadtRevue oder dem Volksblatt, nicht abgedeckt wird?*

AB: Ja genau, weil wir sehen, daß diese Zeitungen nicht unzensiert alles bringen, und eine bestimmte Informationslücke schon da ist. Also ich denk schon, daß diese Zeitungen sich an die Spielregeln halten.

SR: *Ihr sagt, es geht euch da drum, Diskussionen unkontrolliert und unzensiert zu veröffentlichen. Gibt es denn gar keine Auswahl oder Gewichtung bei Euch?*

AB: Es kommmt so gut wie gar nicht vor, daß Sachen, die wir aus Köln zugeschickt kriegen, nicht gedruckt werden. Wir drucken natürlich nicht jedes Flugi ab, was uns zugeschickt wird, wenn es schon rund ist in der Stadt.

SR: *In der Berliner Szene-Zeitung „Interim" werden oft Diskussionsbeiträge abgedruckt, auch kontroverse, in der Agitare Bene ist das selten der Fall. Woran liegt das?*

AB: Die Diskussion gibt es hier halt noch nicht. Wir wären froh, wenn es eine Diskussion darum gäbe um das, was veröffentlicht wird und da was zurückkäme.

SR: *Was denkt ihr, woran es liegen könnte, daß keine Diskussionsbeiträge kommen?*

AB: Ich kann das nicht so genau einschätzen, aber ich meine schon, daß es ein Stück daran liegt, daß die autonome Szene hier zu zersplittert ist, und daß es innerhalb der Szene wenig Diskussionsstrukturen gibt.

SR: *Als die Leute von der Weisshausstraße Verhandlungen geführt haben mit Vertretern interessierter Investoren, hat es durchaus kontroverse Positionen innerhalb der autonomen Szene gegeben. Warum ist in der Agitare Bene dazu nichts erschienen?*

AB: Wir hätten es gut gefunden, wenn es eine offenere oder breitere Diskussion darum gegeben hätte. Das Problem war nur, daß gerade an dem Punkt es keine schriftlichen Positionen gegeben hat. Wir hätten diese Diskussion gerne in der Zeitung gehabt.

SR: *Ist euch wichtig, daß die Agitare Bene auch über die autonome Szene in Köln hinaus gelesen wird?*

AB: Ja, also auf jeden Fall ist uns das wichtig. Das ist auch eine Hoffnung, die wir daran haben, daß da auch andere Leute von angesprochen werden und sich mit unserer Politik auseinandersetzen.

SR: *Habt ihr denn das Gefühl, daß das passiert?*

AB: Das ist schwer zu sagen. Wir wissen, daß die Zeitung nicht nur in der Szene gelesen wird, sondern auch darüberhinaus, aber weil keine Rückkopplung da ist, kriegen wir natürlich auch nicht mit, inwieweit sich die Leute damit auseinandersetzen.

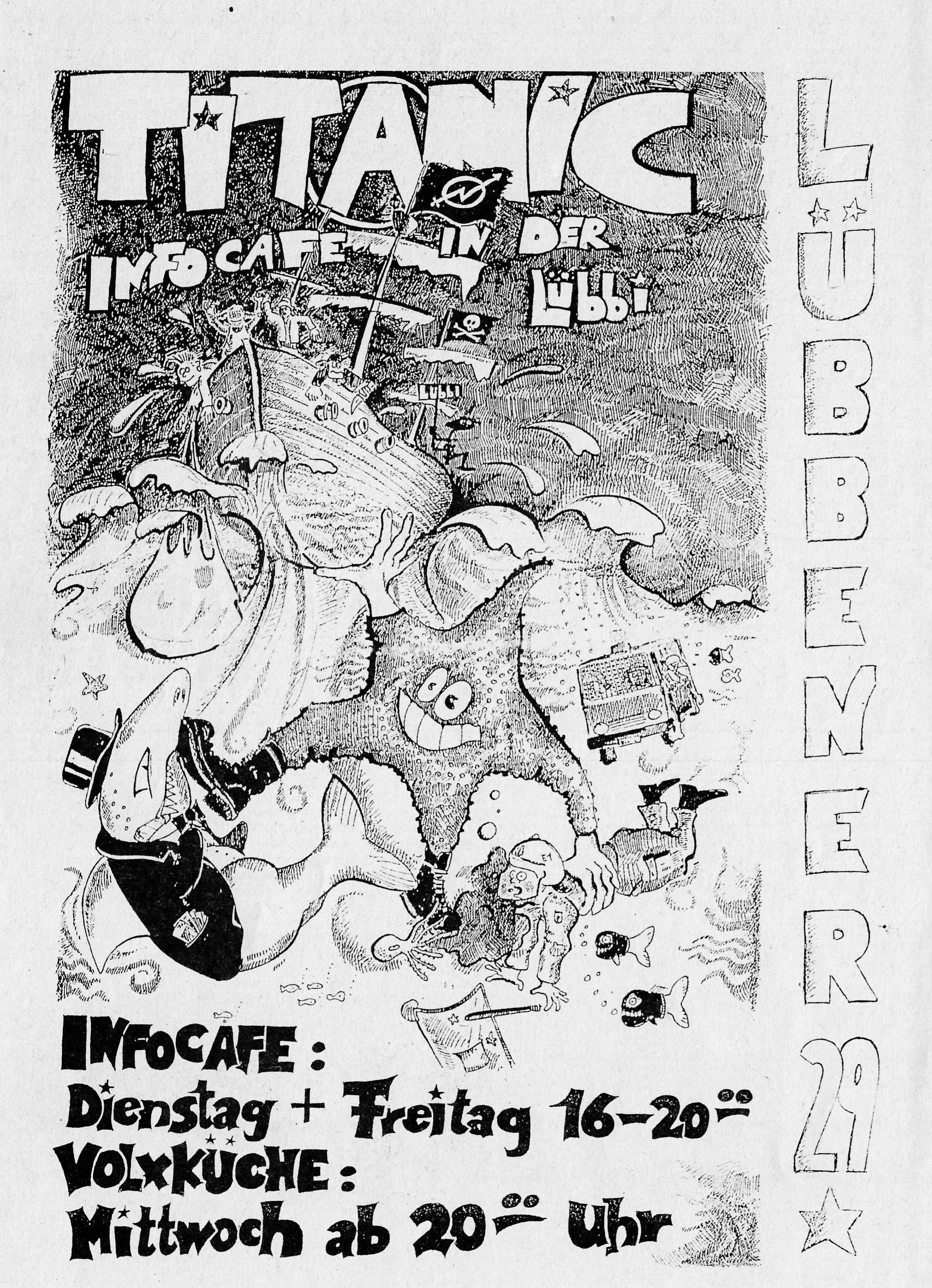
SR: *Wird es nach den Durchsuchungen die Agitare Bene weiterhin geben?*

AB: Wir machen auf jeden Fall die Zeitung weiter, weil wir wichtig finden, daß es sie gibt. Wobei wir aber auch sehen, daß es nicht mehr so einfach ist, sie zu machen, und daß wir da auch auf Solidarität angewiesen sind, damit sie weitererscheinen kann. Was mit der Durchsuchung angegriffen wird, ist die Möglichkeit, einen Austausch mit unseren LeserInnen zu führen. Die Zeitung lebt davon, daß wir erreichbar sind. Deswegen brauchen wir eine Adresse. Außerdem brauchen wir möglichst viele Stellen in der Stadt, wo die Agitare Bene gekauft werden kann. Genau an diesen beiden Punkten haben ja auch die Hausdurchsuchungen angesetzt.

SR: *Wo bekommt man denn künftig die Agitare Bene?*

AB: Im Infoladen in der LC, und natürlich weiterhin in Kneipen, Läden und bei allen linken Veranstaltungen.




TITANIC
INFOCAFE IN DER LÜBBI
LÜBBI
INFOCAFE:
Dienstag + Freitag 16-20°°
VOLXKÜCHE:
Mittwoch ab 20°° Uhr
LÜBBENER 29

Die regelmäßigen Termine kommen diese Woche nicht. Schaut bitte in der Nr. 125 nach - nächste Woche werden sie wieder aufgeführt.

Donnerstag, 6.12.90

20.00 Uhr: A-Laden, Rathenower Str. 20
Film: "Rat der Götter"
Wie die deutschen Firmenbosse an Hitler und seiner NSDAP interessiert waren und an dem Aufstieg der Nazis beteiligt waren.

20.00: A-Laden Moabit, Rathenower Str.22
FILM: "Rat der Götter"
Wie die deustcshen Firmenbosse an Hitler und seiner NSDAP interessiert waren und an dem Aufsteig der NSDAP beteiligt waren.

Freitag, 7.12.90

19.30: Babylonia, Cuvrystr.23
TUAREG - Film, Vortrag, Diskussion
Gezeigt wird der Film "Die Töchter der Zelte", der Vortrag geht u.a. über die bewaffnete Rebellion der Tuareg im Norden Malis.

20.00: Bildungszentrum für eine welt, Mahlowerstr.9
MARX PROGNOSEN UND IHRE KORREKTUR-
Die Proletarisierung und das Ende der Philosophie...(?)
Vortrag & Thesen von Orson Larcam

19.00: Cafe Oromo, Prinzenallee 81
KIEZPALAVER WEDDING
Themen: Fluglärm, Häuserkampf etc.

Samstag, 8.12.90

15.00: Infocafe Lichtschranke, Nostizstr.49
FRAUEN UND LESBENCAFE

22.00: SO 36, Oranienstraße
SOLI-DISCO FÜR DIE MAINZER

14.00: Galerie Olga Benario, Boddinstr.61
VERKAUFSBASAR- Bücher, kataloge, Antifa-Literatur etc.
ab 19.00 Fete

Sonntag, 9.12.90

11.00: El Locco, Kreuzbergstr.43
ANARCHA/O FRÜHSTÜCK
Informationen und Diskussion über libertäre Strukturen, Aktivitäten und Inhalte.

16.00: Falckeladen, Falckensteiner Str.
FRAUENKIEZCAFE: Einschätzung zum Kölner Frauenkongreß gegen Rassismus/Natio-
Kölner Frauenkongreß gegen Rassismus/Nationalismus/Antisemitismus/Sexismus - Was ist der Stand der Diskussion dazu in der Berliner Frauenszene? - Es wäre gut, wenn Frauen von der Bremer Frauenwoche und aus Amsterdam erzählen würden.

19.00 Mehringhof, Blauer Salon
GOLFKRIEG - DEMOVORBEREITUNG

Montag, 10.12.90

20.00: SO 36, Oranienstraße
"BUTOH-GENDAI-ARTS PROJEKT"
Gastspiel des Butohtheater (bis 16.12.)

Videogroßbild im Syndikat
"Leoncavallo Milano" Teil I&II
20 Uhr 30

Dienstag, 11.12.90

9.00: Landgericht Berlin, Turmstr.91
BERUFUNGSVERHANDLUNG von Wolfgang R. (JVA Tegel Gefangener) wg. angeblicher Beleidigung und Nötigung

Mittwoch, 12.12.90

19.00: Galerie Olga Benario, Boddinstr.61
LESUNG mit dem bekannten literarischen Stadtstreicher Heinz Knobloch

19.30: BAZ, Oranienstraße
DEMOKRATIE UND TOTSCHLAG - zur aktuellen US-Politik in Zentralamerika

Donnerstag, 13.12.90

20.00: A-Laden Moabit, Rathenower Str.22
FILM: "Der vergessene Führer"
Aufstieg und Fall des Medienzaren Alfred Hugenberg

6.12.90

20.00: SO 36, Oranienstraße
THEATERPRODUKTION STRAHL
Vorpremiere: "Harry - über die Faszination der Trägheit"

7.12.90

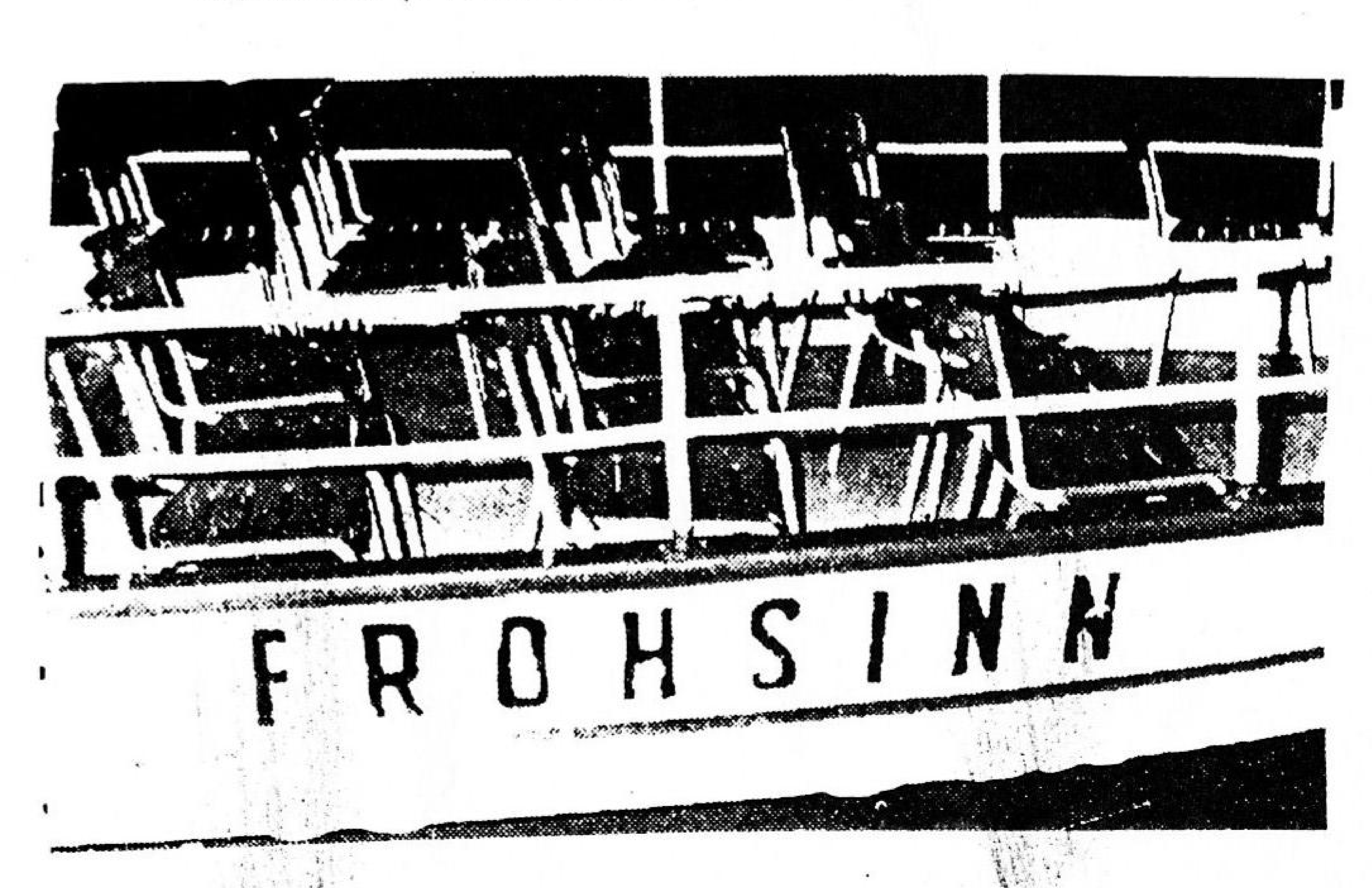
20.00: SO 36, Oranienstraße
THEATERPRODUKTION STARHL
Gastspiel: "Harry - über die Faszination der Trägheit"


Montags !!

REDAKTIONSSCHLUSS FÜR DEN TERMINKALENER und auch für den Rest der Zeitung ! ! !

wieder mal fehlen mit Sicherheit einige wichtige Termine, so z.B. vom Ex (Film??), KOB (Konzerte??) und Ost-Berlin sowieso. Also rafft euch vielleicht mal auf und laßt uns eine Nachricht zukommen, und was ist mit der SFE-Fete am Wochenende (Fr. oder Sa.?), aber vielleicht haben die Leute ja gute Geruchsnerven.

Am 4. Dezember wurde das Cafe im Krümelladen, Weserstr. 155-156 in Neukölln eröffnet.
Öffnungszeiten:
Dienstags: 15.00 - 18.00 Uhr
Donnerstags: 18.00 - 22.00 Uhr
Fr. & Sa.: 18.00 - open end
Sonntags: 16.00 Uhr Kiez Kino
(Filme bitte tel. erfragen: 6876590)
Neben dem Cafe - Betrieb soll auch Antifa- bzw. aktuelle politische Arbeit laufen.




CDU/CSU
44,5
SPD
34,1
FDP
10,6
Grüne
5,8
PDS
1,9
Bündnis 90/Grüne
5,0
übrige
3,1